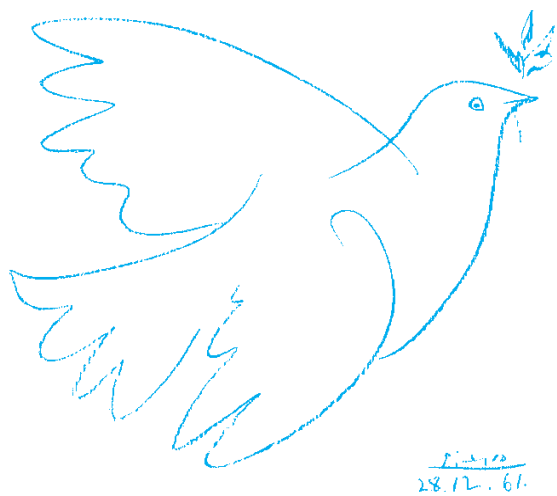




Unsere Welt



Trumps «Steal of the Century» wird keinen Frieden bringen

Kein Frieden ist der Plan

Die Befriedungsplan für Palästina von US-Präsident Trump enthält nach Meinung des britischen Nahost-Korrespondenten Jonathan Cook bewusst eine Reihe von nicht realisierbaren Voraussetzungen, bevor anerkannt werden kann, was dann von Palästina noch übrig ist.

Von Jonathan Cook

Ein Grossteil von Donald Trumps lang gezogenem «Deal des Jahrhunderts» kam nicht überraschend. In den vergangenen 18 Monaten hatten Vertreter Israels viele Einzelheiten durchsickern lassen.

Die so genannte «Vision für den Frieden», die am 28. Januar 2020 enthüllt wurde, hat lediglich bestätigt, dass die US-Regierung den seit langem bestehenden Konsens in Israel öffentlich übernommen hat: dass Israel berechtigt ist, die in den letzten fünfzig Jahren illegal eroberten Landstriche, die den Palästinensern jegliche Hoffnung auf einen Staat verwehren, dauerhaft zu behalten.

Das Weisse Haus hat sich von der traditionellen Pose der USA als «ehrlicher Makler» zwischen Israel und den Palästinensern verabschiedet. Die palästinensischen Führer waren nicht zu der Zeremonie eingeladen und wären auch nicht gekommen, wenn sie es gewesen wären. Diese Vereinbarung wurde eher in Tel Aviv als in Washington entworfen – und es ging darum, sicherzustellen, dass es keinen palästinensischen Partner geben würde.

Wichtig für Israel ist, dass es die Erlaubnis Washingtons erhält, alle seine illegalen Siedlungen zu annektieren, die jetzt über das gesamte Westjordanland verstreut sind, sowie das riesige landwirtschaftliche Becken des Jordantals. Israel wird weiterhin die militärische Kontrolle über das gesamte Westjordanland haben.

Premierminister Benjamin Netanyahu hat seine Absicht angekündigt, einen solchen Annexionsplan so bald wie möglich in sein Kabinett einzubringen. Er wird zweifellos die zen-

trale Rolle bei seinen Bemühungen spielen, die für den 2. März anstehenden heiss umkämpften Parlamentswahlen zu gewinnen.

Der Trump-Deal billigt auch die bestehende Annexion Ost-Jerusalems durch Israel. Von den Palästinensern wird erwartet, dass sie so tun, als sei ein Dorf im Westjordanland ausserhalb der Stadt ihre Hauptstadt «Al Quds». Es gibt Anzeichen dafür, dass es Israel erlaubt sein wird, das Gelände der Al-Aqsa-Moschee gewaltsam zu teilen, um einen Gebetsraum für extremistische Juden zu schaffen, wie es in Hebron geschehen ist.

Darüber hinaus scheint die Trump-Regierung in Erwägung zu ziehen, den seit langem gehegten Hoffnungen der israelischen Rechten, die derzeitigen Grenzen so umzuziehen, dass potenziell Hunderttausende Palästinenser, die derzeit in Israel als Bürger leben, in die Westbank verlegt werden, grünes Licht zu geben. Das käme mit ziemlicher Sicherheit einem Kriegsverbrechen gleich.

Der Plan sieht kein Rückkehrrecht vor, und es scheint, dass die arabische Welt die Rechnung für die Entschädigung von Millionen palästinensischer Flüchtlinge zahlen muss.

Eine am 28. Januar ausgegebene US-Karte zeigte palästinensische Enklaven, die durch ein Gewirr von Brücken und Tunneln verbunden sind, darunter auch einer zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen. Die einzigen Ausnahmen, die den Palästinensern gewährt werden, sind die Zusagen der USA, ihre Wirtschaft zu stärken. Angesichts der prekären Finanzlage der Palästinenser nach jahrzehntelangem Ressourcen-Diebstahl durch Israel ist das kein besonders grosses Versprechen.

All dies wurde als «realistische Zwei-Staaten-Lösung» verkleidet, die den Palästinensern fast 70 Prozent der besetzten Gebiete anbietet – die wiederum 22 Prozent ihres ursprünglichen Heimatlandes umfassen. Anders ausgedrückt: Die Palästinenser müssten einen Staat auf 15 Prozent des historischen Palästina akzeptieren, nachdem Israel alle besten landwirtschaftlichen Flächen und Wasserquellen in Besitz genommen hat.

Gewollte Hindernisse

Wie alle einmaligen Vereinbarungen hat dieser Flickenteppich-«Staat» – der keine Armee hat und dessen Sicherheit, Grenzen, Küstengewässer und Luftraum Israel kontrolliert – ein Ablaufdatum. Er muss innerhalb von vier Jahren akzeptiert werden. Andernfalls wird Israel freie Hand haben, um mit der Ausplünderung von noch mehr palästinensischen Gebieten zu beginnen. Aber die Wahrheit ist, dass weder Israel noch die USA erwarten oder wollen, dass die Palästinenser mitspielen.

Deshalb enthält der Plan – neben der Annexion der Siedlungen – eine Vielzahl nicht realisierbarer Voraussetzungen, bevor die Überreste Palästinas anerkannt werden können: die palästinensischen Verbände müssen entwaffnet und die Hamas aufgelöst werden; die Palästinensische Autonomiebehörde unter der Führung von Mahmoud Abbas muss den Familien der politischen Gefangenen ihre Zuwendungen wegnehmen; und die palästinensischen Gebiete müssen als die Schweiz des Nahen Ostens neu erfunden werden, als eine blühende Demokratie und offene Gesellschaft, und das alles unter dem Stiefel Israels.

Stattdessen beendet der Trump-Plan die Scharade, nach der der 26-jährige Oslo-Prozess auf etwas anderes als die Kapitulation der Palästinenser abzielte. Er stimmt die USA voll und

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

43. Jahrgang
Nr. 1 – 2020
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

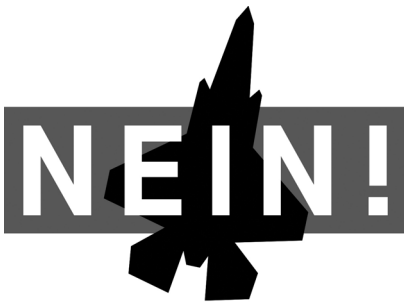
Gehen Sie nach Gaza und rufen Sie dort «Nie wieder!»	2
Defender 2020: Mit Tempo in den Neuen Kalten Krieg	3
Papst Franziskus und die Atomwaffen	4
Cuba – Timor-Leste: Solidarität in Weiss	5
USA greifen zum Sternenkrieg	6
Vom Kuschen der Rückgratlosen	7
Für Julian Assange auf die Strasse	8

Referendum gegen den Rüstungswahn

Kampfjets bodigen

Das Anfang Januar 2020 gestartete und von der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) unterstützte Referendum gegen den geplanten Kauf neuer Kampfjets und damit gegen einen Blankoscheck in der Höhe von 6 Milliarden Franken hat furios eingeschlagen. Innert drei Wochen haben über 30 000 Schweizer Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift bezeugt, dass sie selbst entscheiden wollen, ob ihre Steuergelder für eine militärische Chimäre verschleudert oder sinnvoll für die beste aller Landesverteidigungen eingesetzt werden soll: für die soziale Sicherheit, die Bildung, die Bekämpfung des Klimawandels, für eine nachhaltige Entwicklung und die Friedensförderung. Beispielsweise.

Anfang April müsste das Referendum offiziell stehen. Alles deutet jedoch darauf hin, dass die Zahl von 50 000 beglaubigten Unterschriften um einiges früher eingereicht werden kann. Das macht die Armee-Lobby



ZU DEN KAMPFJET-MILLIARDEN

verständlicherweise etwas nervös und in der Sonntags-Zeitung kommt SVP-Nationalrat und Pilot Thomas Hurter zum kruderweise für ihn negativen Schluss, die Linke versuche der Armee die Mittel zu entziehen, «damit sie am Ende nur noch (sic!) für den Bevölkerungsschutz (sic! sic!) zuständig» sei. Jetzt aber!

Unterschriftenbögen können über die Kampagnenseite www.kampfjets-nein.ch selbst ausgedruckt oder direkt online unterzeichnet werden. (uw)

Antipersonen-Minen

Und täglich toppt das Trumpeltier

Die Trump-Administration toppt sich einmal mehr und hat einen tödlichen Wechsel in der Landminenpolitik angekündigt. Danach erklären sich die USA bereit, den Einsatz und die Lagerung von Antipersonenminen wiederaufzunehmen. Landminen sind verheerende Waffen, die von ihren Opfern selbst ausgelöst werden und dabei nicht zwischen den Schritten eines Kindes oder eines Soldaten unterscheiden.

Die humanitäre Organisation Handicap International (HI), Co-Preisträgerin des Friedensnobelpreises für das Verbot der Landminen, prangert diesen historischen Rückschlag für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten an. «Diese Massnahme ist ein Todesurteil für die Zivilbevölkerung», sagt Eva Maria Fischer, Leiterin der politischen Abteilung von Handicap International Deutschland (HI). «Es gibt Kriegshandlungen, die heute nicht mehr zulässig sind. Auch Supermächte dürfen bestimmte Waffen aufgrund des übermässigen zivilen Leids, die sie verursachen, niemals einsetzen.»

Landminen haben Hunderttausende von Kindern, Frauen und Männern verstümmelt oder getötet und unterliegen dem Ottawa-Minenvorbotsvertrag von 1997. Diese Anti-Personenminen-Konvention trat schneller in Kraft trat als jeder andere Rüstungskontrollvertrag der modernen Geschichte, wurde von den USA, Russland, Israel und einigen wenigen andern Staaten jedoch nie unterzeichnet. Immerhin verpflichtete sich Präsident Obama 2014, die USA würden derartige Minen nur noch auf der koreanischen Halbinsel einsetzen.

Michael Payne, Interimsdirektor der US-Organisation «Ärzte für Menschenrechte», ebenfalls Co-Preisträger des Friedensnobelpreises, erklärte zur jetzigen Kehrtwende der Trump-Administration: «Die Vereinigten Staaten drehen dem nahezu weltweiten Konsens zum Verbot des abscheulichen und unmenschlichen Einsatzes von Landminen den Rücken. Diese Waffen verstümmeln und töten wahllos. Sie zerstören Familien und Gemeinschaften, Ackerland und Vieh. Indem sie die seit langem bestehenden US-Beschränkungen für den Einsatz von Landminen zurücknimmt, zeigt die Trump-Regierung erneut eine völlige Missachtung der etablierten internationalen Normen.»

Und die US-amerikanische Friedensnobelpreisträgerin Jody Williams meinte: «Trump's Landminenaktion deckt sich mit all seinen anderen Schritten zur Untergrabung der Rüstungskontrolle und Abrüstung in einer Welt, die diese dringend benötigt.» (uw)

Kein Frieden ist der Plan...
Fortsetzung von Seite 1

ganz überein mit den israelischen Bemühungen – die von allen wichtigen politischen Parteien über viele Jahrzehnte verfolgt wurden –, die Grundlage für eine dauerhafte Apartheid in den besetzten Gebieten zu schaffen.

Palästinensische
Ablehnung als Vorwand

Trump lud sowohl Netanjahu, Israels geschäftsführenden Premierminister, als auch seinen wichtigsten politischen Rivalen, den ehemaligen General Benny Gantz, zu diesem Start ein. Beide wollten ihre uneingeschränkte Unterstützung zum Ausdruck bringen. (...)

Auf der israelischen Rechten gab es Stimmen, die anderer Meinung waren. Siedlergruppen bezeichneten den Plan als «alles andere als perfekt» – eine Ansicht, die Netanjahu privat fast sicher teilt. Die israelische extreme Rechte lehnt jedes noch so illusorische Gerede über palästinensische Staatlichkeit ab.

Nichtsdestotrotz werden Netanjahu und seine rechte Koalition die von der Trump-Administration angebotenen Leckerbissen gerne in Anspruch nehmen. In der Zwischenzeit wird die unvermeidliche Ablehnung des Plans durch die palästinensische Führung im weiteren Verlauf als Rechtfertigung dafür dienen, dass Israel sich noch mehr Land aneignet.

Es gibt andere, direktere Boni aus dem «Deal des Jahrhunderts».

(...) Trump hat auch persönlich Vorteile. Dies wird von seinen Amtsenthebungsverfahren ablenken und seine israelisch besessene evangelikale Basis und wichtige Geldgeber wie den US-Kasino-Magnaten Sheldon Adelson im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen kräftig für sich vereinnahmen.

Und der US-Präsident kommt einem nützlichen politischen Verbün-

deten zu Hilfe. Netanjahu hofft, dass dieser Auftrieb durch das Weisse Haus seine ultranationalistische Koalition im März an die Macht bringt und die israelischen Gerichte bei der Abwägung von Strafanzeigen gegen ihn einschüchtern wird.

Wie er plant, persönliche Vorteile aus dem Trump-Plan zu ziehen, wurde am 28. Januar deutlich. Er rügte Israels Generalstaatsanwalt wegen der Einreichung der Korruptionsanklagen und behauptete, dass ein «historischer Moment» für den Staat Israel gefährdet sei.

Wann kommt das
nächste Blutvergiessen?

Unterdessen begrüsst Abbas den Plan mit «tausend Neins». Trump hat ihn völlig blossgestellt. Entweder verzichtet die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) auf ihre Rolle als Sicherheitsbeauftragter im Namen Israels und löst sich selbst auf, oder sie macht weiter wie bisher, ist aber nun ausdrücklich der Illusion beraubt, dass es um einen eigenen Staat geht.

Abbas wird versuchen, sich an seine Position zu klammern, in der Hoffnung, dass Trump bei den diesjährigen Wahlen verdrängt wird und eine neue US-Regierung wieder den Anschein erwecken wird, den längst abgelaufenen Friedensprozess von Oslo voranzutreiben. Aber wenn Trump gewinnt, werden die Schwierigkeiten der PA rasch zunehmen.

Niemand, am wenigsten die Trump-Regierung selbst glaubt, dass dieser Plan zum Frieden führen wird. Eine realistischere Sorge ist, wie schnell er den Weg zu grösserem Blutvergiessen ebnet.

Jonathan Cook ist britischer Journalist und lebt seit 2001 in Nazareth. Er schreibt u.a. für den britischen Guardian, die Irish Times und den Monde Diplomatique. Quelle: jonathan-cook.net / Übersetzung antikrieg.com, von uns leicht gekürzt

B'Tselem zum «Friedens»-Plan von Trump:

Apartheid statt Frieden

Wir dokumentieren das Communiqué der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem zu den US-amerikanischen Nahost-Plänen.

Der als «Jahrhundertdeal» gepriesene Plan der US-Regierung ähnelt eher einem Schweizer Käse, wobei der Käse den Israelis angeboten wird und die Löcher den Palästinensern. Es gibt viele Möglichkeiten, die Besatzung zu beenden, aber die einzigen legitimen Optionen sind die, die auf Gleichheit und Menschenrechten für alle beruhen. Deshalb ist der gegenwärtige Plan, der die seit über 52 Jahren andauernden Menschenrechtsverletzungen Israels legitimiert, fest-schreibt und sogar ausweitet, völlig inakzeptabel.

Der Trump-Plan entzieht den Prinzipien des Völkerrechts jede Bedeutung und kastriert das Konzept der Verantwortlichkeit für deren Verletzung völlig. Trump schlägt vor, Israel für die ungesetzlichen und unmoralischen Praktiken zu belohnen, die es seit der Beschlagnahme der Gebiete anwendet. Israel wird in der Lage sein, weiterhin palästinensisches Land und palästinensische Ressourcen zu plündern; es wird auch seine Siedlungen behalten und sogar weitere Gebiete annektieren können; alles in völliger Missachtung des Völkerrechts. Israelische Bürger, die in den betreffenden Territorien leben, werden weiterhin alle Rechte geniessen, die anderen israelischen Bürgern gewährt werden, einschliesslich der vollen politischen Rechte und der Bewegungsfreiheit, als ob sie überhaupt nicht in einem besetzten Gebiet leben würden.

Palästinenser hingegen werden in kleine, eingeschlossene, isolierte Enklaven verbannt, ohne Kontrolle über ihr Leben, da der Plan die Zersplit-

terung des palästinensischen Raums in unzusammenhängende Gebietsteile inmitten eines Meeres israelischer Kontrolle verewigt, nicht unähnlich den Bantustans des südafrikanischen Apartheidregimes. Ohne territoriale Verknüpfung können die Palästinenser ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht ausüben und sind für ihr tägliches Leben weiterhin völlig abhängig von Israels gutem Willen, ohne politische Rechte und ohne Möglichkeit, ihre Zukunft zu beeinflussen. Sie werden weiterhin der Gnade des drakonischen Genehmigungsregimes Israels ausgeliefert sein und benötigen für jeden Bau oder jede Entwicklung seine Zustimmung. In diesem Sinne trägt der Plan nicht nur nicht zur Verbesserung ihrer Lage bei, sondern lässt sie sogar noch schlechter dastehen, da er die Situation aufrechterhält und ihr Anerkennung verschafft.

Dieser Plan enthüllt eine Weltsicht, die die Palästinenser eher als ewige Untertanen denn als freie, autonome Menschen betrachtet. Eine solche «Lösung», die die Menschenrechte, die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen, die zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer leben, nicht gewährleistet und stattdessen die Unterdrückung und Enteignung der einen Seite durch die andere Seite fortsetzt, ist keine legitime Lösung. In der Tat ist es überhaupt keine Lösung, sondern nur ein Rezept für weitere Generationen von Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Gewalt.

Quelle: btselem.org. Übersetzung aus dem Englischen UW

Gehen Sie nach Gaza und rufen Sie «nie wieder!»

Grosse Heuchelei

Es ist sehr wichtig, sich an die Vergangenheit zu erinnern; nicht weniger wichtig ist es, sich der Gegenwart bewusst zu sein, ohne die Augen zu verschliessen. Die Dutzenden von Staatsmännern, die [zum Internationalen Holocaust-Gedenktag] in Israel angereist waren, erinnern sich vielleicht an die Vergangenheit, aber sie verwischen die Gegenwart. Während sie sich bedingungslos an die Seite Israels stellen, hintergehen sie mit ihrem Schweigen, mit ihrer Missachtung der Realität, nicht nur ihren Auftrag, sondern verraten auch die Erinnerung an die Vergangenheit, in deren Namen sie hierher gekommen sind.

Von Gideon Levy

Gäste Israels zu sein, ohne dessen Verbrechen zu erwähnen; dem Holocaust zu gedenken und gleichzeitig seine Lehren zu ignorieren; Jerusalem zu besuchen, ohne am Internationalen Holocaust-Gedenktag in das Ghetto von Gaza zu reisen – man kann sich kaum eine grössere Heuchelei vorstellen.

Es ist gut, dass Könige, Präsidenten und andere Prominente zu Ehren dieses Gedenktages hierher gekommen sind. Es ist bedauerlich, dass sie ignorieren, was die Opfer des Holocausts einer anderen Nation zufügen.

Die Stadt Eriwan wird niemals Zeuge einer so beeindruckenden Versammlung zum Gedenken an den armenischen Holocaust werden. Die Führer der Welt werden niemals nach Kigali kommen, um an den Völkermord in Ruanda zu erinnern. Der Holocaust war in der Tat das grösste Verbrechen, das jemals gegen die Menschheit begangen wurde, aber er war nicht das einzige. Doch die Juden und der Staat Israel wissen sehr wohl, wie sie die Erinnerung an ihn heiligen und für ihre eigenen Zwecke nutzen können.

An diesem Internationalen Holocaust-Gedenktag sind führende Persönlichkeiten der Welt zu Gast bei einem israelischen Premierminister, der am Vorabend ihres Besuchs – ob Sie es glauben oder nicht – Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag forderte, gegen das Vermächtnis der Gerichte also, die zur Beurteilung der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs eingerichtet worden waren.

An diesem Gedenktag kommen führende Politiker der Welt zu einem Premierminister, der versucht, sie gegen den Gerichtshof in Den Haag aufzuhetzen. Es ist kaum vorstellbar, dass der Holocaust noch schlimmer missbraucht, es ist kaum vorstellbar, dass ein grösserer Verrat an seinem Andenken begangen werden könnte als der Versuch, das Gericht in Den Haag zu untergraben, nur weil es seine Rolle erfüllen und gegen Jerusalem ermitteln will. Auch zu diesem Thema werden die Gäste ihr Schweigen bewahren. Einige von ihnen werden sich vielleicht davon überzeugen lassen, dass das Problem in Den Haag und nicht in Jerusalem liegt. Sanktionen gegen den Gerichtshof statt gegen den Besatzer.

Selbstverständlich darf der Holocaust nie in Vergessenheit geraten. Und es darf auch die Tatsache nicht verwischt werden, dass er sich gegen das jüdische Volk gerichtet hat. Aber genau aus diesem Grund darf man das Verhalten seiner Opfer gegenüber dem sekundären Opfer des Holocaust an den Juden, dem palästinensischen Volk, nicht ignorieren. Ohne den Holocaust hätten die Palästinenser ihr Land nicht verloren und wären heute weder in einem gigantischen Konzentrationslager in Gaza gefangen noch würden sie unter einer brutalen militärischen Besatzung im Westjordanland leben.

Wenn heute bis zum Überdross «nie wieder» belebriert wird, sollte man ehrlicherweise die Augen auch nach Süden und Osten richten, nur wenige Kilometer von der Gedenkhalle von Yad Vashem entfernt. Dort gibt es keinen Holocaust, nur die Apartheid.

Keine Vernichtung, sondern die systematische Drangsalierung einer Nation. Nicht Auschwitz, sondern Gaza. Wie kann man das am Internationalen Holocaust-Gedenktag ignorieren?

Es ist schwer zu glauben, dass es keinem einzigen der in Jerusalem angereisten Staatschefs in den Sinn gekommen ist, nach der Zeremonie nach Gaza zu reisen. Wenn einer von ihnen den Mut dazu gehabt hätte, würde er oder sie das Gedenken an den Holocaust nicht weniger ehren als mit einem Besuch in Yad Vashem. Es gibt nicht viele Orte auf der Welt, an denen die Worte «nie wieder» so stark widerhallen sollten wie innerhalb der Grenzen dieses riesigen Ghettos, das durch den Staat der Holocaust-Überlebenden geschaffen wurde. Nicht nach Gaza zu gehen und zu sehen, was dort geschieht? Sich nicht mit dem Schicksal von zwei Millionen Menschen zu identifizieren, die, eine Stunde von Jerusalem entfernt, seit 14 Jahren in einem Konzentrationslager

eingesperrt sind? Wie ist das möglich? «Nie wieder» nicht in Gaza zu schreien? Wie kann man das nicht?

Einige wenige Führer haben ihren Besuch hier angeblich mit einer kurzen und feierlichen Visite in Ramallah kompensiert, einschliesslich eines Fototermins mit Mahmoud Abbas, der ebenfalls ein Ziel der israelischen Proteste ist. Diese Art von Besuch hat keine Bedeutung. Ramallah bestimmt nicht das Schicksal des palästinensischen Volkes. Es wird im Regierungsgebäude in Jerusalem und im Gebäude des Verteidigungsministeriums in Tel Aviv entschieden. Es war wichtig, nach Israel kommen, um die Welt an den Holocaust zu erinnern, aber ebenso an das Schweigen. Auch gegen dieses Schweigen müsste man laut rufen: Nie wieder.

Der Holocaust darf sich nie wiederholen, aber das peinliche Schweigen dauert an, auch an diesem Gedenktag in Jerusalem.

Gideon Levy (Tel Aviv, 1953) ist Kolumnist der liberalen israelischen Tageszeitung Haaretz und Mitglied ihres Redaktionsausschusses. Seit vielen Jahren schreibt er in einem wöchentlichen Feature über die israelische Besatzung im Westjordanland und den Gaza-Streifen und verfasst politische Leitartikel.

Levy erhielt verschiedene Auszeichnungen, so den Olof-Palme-Preis, den Emil-Grünzweig-Menschenrechtspreis der Vereinigung für Bürgerrechte in Israel und den Preis der israelischen Journalistengewerkschaft.

Quelle: Haaretz/tlaxcala-int.org. Übersetzung aus dem Englischen UW



Bern, 20. November 2019, Petitionäre auf dem Marsch zur Bundeskanzlei: Übergabe der Petition zum Schutz palästinensischer Kinder vor israelischer Willkür. Foto zvg

Petition zum Tag der Kinderrechte

Keine Kerker-Kinder

In der besetzten Westbank werden jedes Jahr etwa 700 palästinensische Kinder / Minderjährige unter 18 Jahren vor Militärgerichte gestellt, nachdem sie durch die israelische Besatzungsarmee verhaftet, verhört und ins Gefängnis gesteckt wurden. Dies ist eine grobe Verletzung der Kinderrechts-Konvention der UNO, welche alle Personen unter 18 Jahren als Kinder mit besonderen Schutzbedürfnissen betrachtet. Bemerkenswert: dieser Kinderrechtskonvention sind mehr Staaten beigetreten als allen anderen UN-Konventionen, nämlich alle Mitgliedsstaaten mit Ausnahme der USA.

Am 30. Jahrestag der Kinderrechtskonvention wurde in Bern eine von 6 389 Personen unterzeichnete Petition ans Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) zuhanden von Bundesrat Ignazio Cassis übergeben. Die Petition verurteilt die Haftbedingungen der betroffenen Kinder und ruft die Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen von 1949 und als Mitgliedstaat der Kinderrechtskonvention auf, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Besatzungsmacht Israel dazu zu bringen, die Rechte der Kinder zu respektieren.

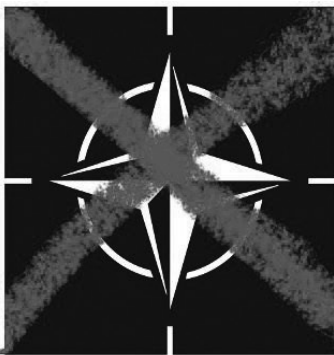
Wer schweigt macht
sich zum Komplizen

Die Petition wurde auf Initiative der «Parrainages d'enfants de Palestine» in Genf lanciert und von 15 Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen aus der ganzen Schweiz unterstützt. Die beiden ehemaligen

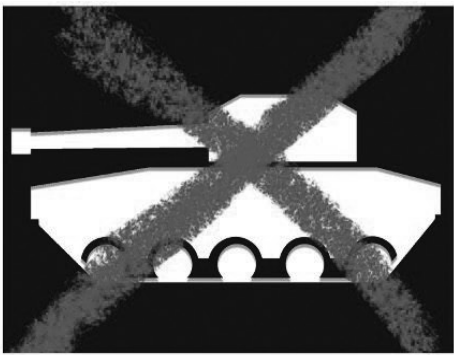
Parlamentarier und Menschenrechtsverteidiger Franco Cavalli und Dick Marty schlossen sich dem Aufruf an.

In ihrem Engagement an der Seite der Opfer verurteilen die weit über 6 000 UnterzeichnerInnen die unmenschliche Behandlung der Minderjährigen in israelischer Gefangenschaft, sowie das Schweigen und die Passivität der Schweiz. Kinder gehören in die Schule und in ihre Familien und nicht ins Gefängnis. Dazu gehört auch, dass das UNO Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge im Mittleren Osten von der gesamten Staatengemeinschaft, inklusive der Schweiz, auch weiterhin grosszügig und vorhersehbar politisch und finanziell unterstützt wird.

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
4. Februar 2020



NEIN zu Kriegsmanövern!
STOPP
DEFENDER 2020



JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

NATO-Grossmanöver Defender 2020

Mit Tempo in den Neuen Kalten Krieg

Im April und Mai findet das militärische Grossmanöver Defender 2020 (kurz: Def 20) statt. Massgeblich unterstützt wird die NATO-Übung durch Deutschland, das schon aufgrund seiner geographischen Lage als logistische Drehscheibe für das Manöver dienen wird. Alleine 37 000 US-Militärangehörige werden sich an diesem Manöver beteiligen.

Von Jürgen Wagner

Am 23. Januar 2020 berichtete Stars & Stripes über den Beginn des grössten US-Manövers seit etwa einem Vierteljahrhundert, das bis in den Mai hinein zu allem Überfluss auch noch durch diverse NATO-Manöver ergänzt wird. Obwohl auch in Deutschland erste Truppenverlegungen schon im Januar vonstattengehen, soll «Defender 2020» hierzulande vor allem in den Monaten März (zuerst hiess es immer April) bis Mai schwerpunktmässig stattfinden. Deutschland wird dabei nicht nur über die angegliederten NATO-Manöver, sondern vor allem auch bei der logistischen Unterstützung der US-Truppen eine zentrale Rolle spielen. (...)

Weil die NATO-Kriegsplanungen mit Blick auf Russland auf der Fähigkeit zur schnellen Verlegung grosser Truppenkontingente Richtung Osteuropa basieren, soll Defender 2020 vor allem in diesem Bereich substantielle «Fortschritte» bringen. Auch sonst sickern allmählich immer mehr Details zum geplanten Grossmanöver durch und auch die Friedensbewegung bereitet sich auf das Ereignis vor, damit Defender 2020 nicht ungestört über die Bühne gehen wird.

Szenario: Russland – Russland – Russland

(...) [Die] USA haben bereits mit ihrer Ende 2017 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie den Weg Richtung Grossmacht Konkurrenz eingeschlagen: «China und Russland fordern die amerikanische Macht, ihren Einfluss und ihre Interessen heraus und versuchen Amerikas Sicherheit und Wohlstand zu untergraben. [...] Unsere Aufgabe ist es sicherzustellen, dass die militärische Überlegenheit der USA weiterbesteht. [...] Wir werden den Frieden durch Stärke wahren, indem wir unser Militär neu aufstellen, damit es vorherrschend bleibt, unsere Feinde abschreckt und, sofern erforderlich, in der Lage ist, zu kämpfen und zu siegen.»

Daran knüpften dann die im Folgejahr veröffentlichte Nationale Verteidigungsstrategie sowie die Nationale Militärstrategie an, was dann wiederum in die Haushaltsschwerpunkte 2020 einfluss. In der Verteidigungsstrategie heisst es etwa: «Die langfristige Auseinandersetzung mit China und Russland ist die wichtigste Priorität für das Verteidigungsministerium, was sowohl höhere als auch nachhaltigere Investitionen erfordert.»

Es ist dieser Kontext, in dem Defender 2020 zu sehen ist, wenn es im zugehörigen Factsheet der US-Armee heisst: «In Zukunft muss das US-Militär in der Lage sein, gegen einen annähernd gleichstarken Gegner verlege- und kampffähig zu sein, um in einem mehrere Ebenen umfassenden hochintensiven Konflikt klar zu ge-

winnen. Defender Europe 20 baut auf strategischer Schnelligkeit auf und operationalisiert die Ziele der Nationalen Verteidigungsstrategie wie auch die der NATO-Abschreckung, indem die Fähigkeit des US-Militärs demonstriert wird, schnell eine grosse kampffähige Truppe zusammen mit Verbündeten und Partnern zu verlegen, um rasch auf eine Krise zu reagieren.»

Noch ein gutes Stück konkreter wird US-Brigadegeneral Sean Bernabe, der zum Szenario von Defender 2020 mit den Worten zitiert wird: «Es beinhaltet einen fiktiven nahezu gleichstarken Konkurrenten und verortet diesen Konkurrenten auf europäischem Boden. [...] Das Szenario wird in eine Post-Artikel-V-Umgebung eingebettet [...] und auf das Jahr 2028 gelegt.»

Offiziell wird zwar halbwegs der Schein gewahrt, indem betont wird, das Manöver sei gegen keinen bestimmten Staat gerichtet. So erklärte etwa der zuständige US-General Andrew Rohling Mitte Januar 2020, die Übung richte sich «überhaupt nicht gegen eine bestimmte Bedrohung». Allerdings ist es natürlich völlig offensichtlich, dass dem nicht der Fall ist. Und meist wird daraus auch kaum ein Hehl gemacht, wenn es etwa in einem Tagesschau-Kommentar heisst: «Es gilt der alte Grundsatz: «Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.» [...] Das grossangelegte Manöver «Defender 2020» ist richtig und notwendig. Auch, weil es das klare Signal an Russland sendet: Im Fall der Fälle wäre die NATO bereit. [...] Dem westlichen Militärbündnis NATO ist klar: Appeasement, also Beschwichtigungspolitik, bringt nichts. Sie gilt im Kreml als Zeichen der Schwäche.»

Kalkül: Tempo – Tempo – Tempo

Im Jahr 2016 kam ein Planspiel der RAND Corporation zu dem Ergebnis, Russland sei in der Lage die baltischen Staaten innerhalb kurzer Zeit zu erobern. Tunlichst vermieden wurde dabei die Frage, weshalb Moskau sich hierzu hinreissen lassen sollte, dennoch dienten die RAND-Ergebnisse als Rechtfertigung für die im selben Jahr beschlossene Stationierung der «Enhanced Forward Presence» – also von vier NATO-Bataillonen à 1 000 Soldaten in den baltischen Staaten und Polen.

In den Vorstellungen der westlichen Militärs sind diese Truppen nicht dazu gedacht, eine ernsthaft angreifende russische Armee besiegen zu können. Sie sollen sie aber im Ernstfall solange aufhalten können, bis Verstärkung vor Ort ist – aus diesem Grund wird dem Verlegetempo entscheidende Bedeutung beigemessen. Als erste Verstärkungswelle ist die bereits 2014 beschlossene, eine 5 000 Soldaten Landkomponente umfassen-

de Ultraschnelle NATO-Eingreiftruppe (VJTF) vorgesehen. Wie sich aus sehr konkreten Planungen des Heereskommandos in dem Papier «Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig» ersehen lässt, soll auch die VJTF vor allem erst einmal eines bringen, Zeit: «Die NATO VJTF-Brigade wurde [...] verstärkt und verzögert gegen den Angriff überlegener mechanisierter Kräfte, um den Follow-On-Forces Zeit für die Verlegung und das Herstellen der Einsatzbereitschaft zu verschaffen.»

Als Zeithorizont für eine VJTF-Verlegung gibt die Bundeswehr an: «Die als NATO-Speerspitze bekannte Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) ist Teil der NATO Response Force. [...] Die Anforderung: innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit an jedem Ort zu sein, wo die Truppe jeweils benötigt wird.» Ab Tag fünf soll dann mit der Verlegung der restlichen, insgesamt 40 000 Soldaten umfassenden NATO Response Force begonnen werden. Und ab Tag 30 nach Beschluss sollen dann auch die zusätzlichen Truppen der im Juli 2018 beschlossenen und seit 1. Januar 2020 aktivierten NATO-Bereitschaftsinitiative mit 30 000 weiteren Soldaten im Krisengebiet präsent sein können. Summa summarum basieren also die NATO-Planungen darauf, dass es zwingend erforderlich ist, innerhalb von 30 Tagen ein Streitkräfte-dispositiv von etwa 70 000 Soldaten an die Ostgrenze verlegen zu können, um so einen russischen Angriff aufhalten und zurückschlagen und demzufolge von vorneherein abschrecken zu können.

Ungeachtet der hochgradig fragwürdigen Grundannahmen dieses Szenarios bestimmt es dennoch aktuell sämtliche NATO-Planungen mit Blick auf Osteuropa. Weil aber in den letzten Jahren wiederholt erhebliche Zweifel aufkamen, dass das anvisierte Tempo auch erreicht werden kann, soll nicht zuletzt Defender 2020 hier Abhilfe schaffen.

Defender 2020: Kosten – Routen – Ruheplätze

Einige Details über Defender 2020 sind bereits länger bekannt: So etwa, dass im Rahmen der Übung eine US-Division (20 000 Soldaten) von den USA bis an die Grenze Russlands verlegt werden soll. Bereits Ende Januar 2020 sollen die ersten US-Schiffe in belgischen, niederländischen, französischen und auch deutschen Häfen anlanden, wobei sich die meisten Aktivitäten in Deutschland auf die Monate April und Mai konzentrieren werden.

Insgesamt wird von 37 000 beteiligten Soldaten ausgegangen, wobei vermutlich noch einmal 7 000 US-Nationalgardisten hinzuzurechnen sind, die in diesen Zahlen wohl nicht enthalten sein dürften. In jedem Fall soll dabei mit 33 000 Stück Material im Gepäck etwa 4 000 Kilometer quer durch Europa manövriert werden. Neu ist eine erste Kostenschätzung der militärnahen Internetseite Breakingdefense, die unter Berufung auf US-Offizielle von 340 Mio. Dollar

ausgeht – dies bezieht sich allerdings allein auf den US-Anteil.

Denn bei Defender 2020 handelt es sich zunächst einmal um ein reines US-Manöver, weshalb hier noch die (bislang unbekannten) Kosten für die angegliederten «NATO-Beimanöver» hinzuzurechnen wären: Astral Knight; Allied Spirit XI; Dynamic Front; Joint Warfighting Assessment; Saber Strike; Swift Response; Trojan Footprint; Combined Defender. Nachdem die US Army angibt, neben den aus den USA kommenden Truppen wären 9 000 in Europa stationierte US-Soldaten involviert, ergibt sich daraus, dass andere Verbündete die restlichen 8 000 Militärs über diese ergänzenden Manöver beisteuern (sofern die plausible Annahme zutrifft, dass die Nationalgardisten in den Gesamtangaben tatsächlich nicht mitgerechnet werden). Von 8 000 weiteren Soldaten der Verbündeten spricht auch der bereits eingangs zitierte Artikel bei Stars & Stripes, insofern spricht tatsächlich viel dafür, dass die Zahl zutrifft. Über die Kosten des deutschen Anteils an Defender 2020 konnte oder wollte der zuständige Bundeswehr-General Martin Schelleis auf Nachfrage am 14. Januar 2020 keine Angaben machen. (...)

Deutschland: Transitland – Truppensteller – Logistiker

Im Zusammenhang mit Defender 2020 wurde schon mehrfach darauf verwiesen, dass schon in der «Konzeption der Bundeswehr» vom Juli 2018 versucht wurde, sich als «mögliche Basis für Operationen, rückwärtiges Einsatzgebiet und Drehscheibe der Unterstützung» anzudienen. Eine wichtige Funktion soll dabei – auch insgesamt in allen NATO-Planungen zur schnellen Verlegung von Material und Truppen gen Russland – das 2018 beschlossene und in Ulm beheimatete «Gemeinsame Unterstützungs- und Befähigungskommando» (Joint Support and Enabling Command, JSEC) einnehmen. Deshalb soll das noch

Rohstadium befindliche JSEC bei Defender 2020 nach Auskunft der Bundesregierung ebenfalls eine Rolle spielen: «[A]uch das sich in Ulm im Aufbau befindliche Joint Support and Enabling Command (JSEC) der NATO [wird] durch die Übung Combined Defender (CODE) eingebunden.»

Zur konkreten Rolle des JSEC als eine Art Generallogistiker bei Defender 2020 heisst es in der Januar-Ausgabe der «Europäischen Sicherheit und Technik»: «Das JSEC ist eine Art NATO-Streitkräftebasis. Es legt die genauen Märsche durch die Nationen fest, regelt die Grenzübertritte und sorgt für eine realistische Planung. [...] Es bestimmt aufgrund der Angaben der US-Streitkräfte, wann diese wo welche Grenze überschreiten. Die nationalen Kräfte, in Deutschland die Streitkräftebasis, organisieren dann die Unterstützung im jeweiligen Land.»

Was die Gesamtzahl involvierter deutscher Soldaten anbelangt, hiess es am 14. Januar 2020 in der Taz: «4 000 Bundeswehr-Soldat*innen werden entweder im Rahmen des sogenannten «Host Nation Support» den Transport unterstützen oder selbst an einzelnen Teilübungen teilnehmen.» Diese Zahl bezog sich ganz offensichtlich aber ausschliesslich auf die deutschen Soldaten in den angegliederten NATO-Manövern, denn sie tauchte später auch in einem «Informationspaket» der Bundeswehr zu Defender 2020 auf.

Hinzuzurechnen sind demzufolge noch die Soldaten der Streitkräftebasis, wozu es im besagten Informationspaket heisst, in «Spitzenzeiten» seien «bis zu 1 500 Soldatinnen und Soldaten der Streitkräftebasis in Form von Unterstützungsleistungen» eingebunden. Eine noch höhere Zahl nennt die Bundeswehr in einem Werbevideo auf der Internetseite zu Defender 2020: «1 750 SoldatInnen und Soldaten vom Jäger und Panzerpionier über den Sanitäter bis zum Feldjäger.»

Diese Kräfte sind wie oben beschrieben vor allem für den sogenannten «Host Nation Support» (HNS) und damit die Unterstützung der US-Truppen innerhalb Deutschlands, also auch bei Defender 2020 zuständig. Die HNS-Kernaufgaben beschreibt die Bundeswehr wie folgt: «Host Nation Support ist die Unterstützung ausländischer Streitkräfte in Deutschland. Das geht beispielsweise von der Planung und Genehmigung von Durchfahrten über deutsche Strassen oder Gewässer bis hin zum Bereitstellen von Unterkünften oder Betankungsmöglichkeiten an unseren Standorten. Wenn Unterstützung gefragt ist, beauftragt das Bundesministerium der Verteidigung hiermit die Streitkräftebasis. Dort übernimmt das

Fortsetzung Seite 4

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- ☐ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- ☐ Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- ☐ Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- ☐ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Defender 2020...

Fortsetzung von Seite 3

Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr die Aufgabe und koordiniert mit dem Sachgebiet Host Nation Support die angefragten Leistungen über die Landeskommandos.»

Folgerichtig nennt die Bundeswehr folgende Wohltaten, die sie den US-Truppen im Rahmen ihres Manövers angedeihen lassen möchte: «Absicherung und Begleitung», «Routenplanung», «Betankung», «Unterkünfte», «Verpflegung» und «IT-Anbindung».

Ein wichtiger «Fortschritt», der mit Defender 2020 erzielt werden soll, besteht in einer Art Generalzertifizierung militärischer Schwertransporte, die über das Manöver selbst hinausgehen soll. Hierfür kamen deutsche und US-amerikanische Logistiker bereits Ende November 2019 zusammen, um Nägel mit Köpfen zu machen: «Daher trafen sich kürzlich Spezialisten aus vier Logistikverbänden sowie der Logistikschule der Streitkräftebasis mit ihren US-amerikanischen Kameraden in Mannheim. In den Coleman Barracks standen verschiedene Gefechtsfahrzeuge zwecks einer Zertifizierung bereit. Denn jeder Panzertransport ist auf deutschen Strassen ein Schwerlasttransport, der jeweils ein Begleitkommando und einen Marschkredit – sozusagen die offizielle Genehmigung – bedingen. Passen also ein M1 Abrams oder der amerikanische Schützenpanzer Bradley auf die deutschen Schwerlasttransporter Mammut und Elefant? [...] Gemeinsam packten die bi-nationalen Profis an und stellten ihre Fahrzeuge der Prüfungskommission vor. Das Ergebnis: Deutsche Logistikverbände können und dürfen ab sofort auch amerikanische Gefechtsfahrzeuge auf deutschen Strassen transportieren. Eine wichtige Erkenntnis und ein Fortschritt nicht nur für Defender 20. Denn die erstellten Zertifikate behalten über die Übung hinaus ihre Gültigkeit. Das erleichtert künftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Logistik erheblich.»

Gegenaktivitäten

Im Jahr 2019 sprengen die NATO-Militärausgaben mit 1,04 Mrd. Dollar erstmals die «magische» Marke von 1 000 Mio. Dollar. Für 2020 wird allein Deutschland erstmals Militäraus-

gaben von rund 55 Mrd. Dollar (50 Mrd. Euro) bei der NATO melden – schon das ist annähernd so viel, wie die etwa 60 Mrd. Dollar, auf die das schwedische Friedensforschungsinstitut Sipri das russische Militärbudget beziffert. Allein schon aufgrund dieser Diskrepanz ist die all diesem Säbelrasseln zugrundeliegende Grundannahme, dass nämlich Russland nicht nur fähig, sondern auch willens wäre, in ein NATO-Land einzumarschieren, gelinde gesagt fragwürdig. Selbst der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, kritisierte derlei Annahmen scharf: «Völlig absurd [...] einseitig, unvollständig und einer rationalen Überprüfung nicht standhaltend. [...] Putin weiss, dass dies die völlige internationale Isolation zur Folge hätte – mit unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen für das Land.»

Dennoch soll das Manöverspektakel künftig sogar regelmässig stattfinden: «Das Manöver Defender soll zukünftig jedes Jahr wiederholt werden – nicht nur als transatlantisches Manöver, sondern auch jeweils parallel im Pazifikraum. Die Manöver sollen im jährlichen Wechsel als schwere und leichte Manöver stattfinden. Während 2020 das Manöver im Pazifik nur als sogenanntes leichtes Manöver durchgeführt wird, während das transatlantische Manöver einen grossen Umfang hat, wird das Pazifikmanöver 2021 das Schwergewicht bilden.»

Schon allein deshalb ist es wichtig, dass es der Friedensbewegung gelingt ein Zeichen gegen dieses Manöver zu setzen. Damit dies gelingt, trafen sich über 100 Menschen bereits Ende November 2019 zu einer ersten Aktionskonferenz in Leipzig. Am 18. Januar 2020 fand dann in Hamburg eine Aktionsberatung statt, am 26. Januar 2020 folgte eine weitere in Leipzig. In Stuttgart ist ein Vernetzungstreffen für den 6. Februar 2020 geplant. In vielen weiteren Städten sind Protestkundgebungen und Mahnwachen vorgesehen, um zu zeigen, dass viele Menschen nicht bereit sind, dieses Grossmanöver stillschweigend hinzunehmen.

Quelle: Informationsstelle Militarisierung IMI (imi-online.de), von uns gekürzt.



Der Vorstand der Schweizerischen Friedensbewegung (v. l.): Franziska Genitsch, Monika Wasser, Seyhan Karakuyu, Christoph Jäggi, Jonas Jäggi, Samuel Wanitsch, Antoinette Mächtlinger, Martin Schwander und Julia Hoppe. Verhindert waren Sascha Genitsch und Ruedi Moser.

SFB-Vorstandsretraite

Blick nach vorne

Der nahezu vollständige Vorstand der SFB traf sich am 18. Januar 2020 zu einer ganztägigen Retraite im Aarauer Volkshaus.

Nach einem Rückblick auf die letzten Jahre wurde in drei Arbeitsgruppen vor allem nach vorne geschaut und Visionen, Schwerpunkte und Prioritäten für die mittel- und längerfristige Zukunft der Friedensbewegung diskutiert. Geklärt wurden dabei auch die Möglichkeiten und Grenzen des persönlichen Engagements der einzelnen Vorstandsmitglieder.

Eingehend besprochen wurde im Plenum zudem die weitere Herausgabe der Zeitung «Unsere Welt». Unbestritten war dabei die Notwendigkeit eines eigenen Informationsmittels, und sowohl an Papierform wie Zeitungsformat soll kurz- und mittelfristig festgehalten werden. Eine Nachfolgeregelung für den auf Ende Jahr angekündigten Rücktritt des für die Abschlussredaktion und Druckvorstufe verantwortlichen Redaktors Martin Schwander wurde in die Wege geleitet. (UW)



Papst Franziskus lanciert am 24. November im Atomic Bomb Hypocenter Park im japanischen Nagasaki einen dringenden Appell zur Ächtung der Atombombe. Ob unsere mehrheitlich katholische Landesregierung mit ihrem katholischen Aussenminister die Botschaft wohl hört und endlich vorwärts macht mit der Ratifizierung des Atombombenverbotes durch die Schweiz? Foto: vaticannews.va

Päpstliche Botschaft gegen die Atomwaffen

«Himmelschreiender Anschlag»

Wir dokumentieren auszugsweise und in einer offiziellen deutschen Übersetzung die Botschaft von Papst Franziskus über die Atomwaffen vom 24. November 2019 im Atomic Bomb Hypocenter Park im japanischen Nagasaki.

Von Papst Franziskus

Dieser Ort macht uns tiefer bewusst, welchen Schmerz und Schrecken wir Menschen einander zuzufügen fähig sind. Das zerbombte Kreuz und die kürzlich in der Kathedrale von Nagasaki entdeckte Marienstatue erinnern uns noch einmal an das unsagbare Grauen, das die Opfer und ihre Familien am eigenen Leib erlitten haben.

Einer der tiefsten Wünsche des menschlichen Herzens ist der nach Frieden und Stabilität. Der Besitz von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen ist nicht die geeignete Antwort auf diesen Wunsch; vielmehr scheinen diese ihn ständig auf die Probe zu stellen. Unsere Welt lebt in der abartigen Dichotomie, Stabilität und Frieden auf der Basis einer falschen, von einer Logik der Angst und des Misstrauens gestützten Sicherheit verteidigen und sichern zu wollen. Am Ende vergiftet sie die Beziehungen zwischen den Völkern und verhindert jeden möglichen Dialog.

Der Frieden und die internationale Stabilität sind unvereinbar mit jedweden Versuch, sie auf der Angst gegenseitiger Zerstörung oder auf der Bedrohung einer gänzlichen Auslöschung aufzubauen; sie sind nur möglich im Anschluss an eine globale Ethik der Solidarität und Zusammenarbeit im Dienst an einer Zukunft, die von der Interdependenz und Mitverantwortlichkeit innerhalb der ganzen Menschheitsfamilie von heute und morgen gestaltet wird.

Hier in dieser Stadt, die zur Zeugin der katastrophalen Folgen eines nuklearen Angriffs für Menschen und Umwelt wurde, werden die Versuche, die Stimme gegen das Wettrüsten zu erheben, immer zu wenig sein. Das Wettrüsten vergeudet nämlich wertvolle Ressourcen, die doch zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung der Völker und des Umweltschutzes verwendet werden könnten. In der Welt von heute, wo Millionen von Kindern und Familien unter menschenunwürdigen Bedingungen leben, ist es ein himmelschreiender Anschlag, wenn für die Herstellung, die Modernisierung, den Erhalt und den Verkauf von Waffen mit immer stärkerer Zerstörungskraft Gelder ausgegeben und damit Vermögen erzielt werden.

Eine Welt in Frieden und frei von Atomwaffen ist das Bestreben von

Millionen von Männern und Frauen überall auf der Erde. Dieses Ideal Wirklichkeit werden zu lassen erfordert die Beteiligung aller: Einzelne, Religionsgemeinschaften, die Zivilgesellschaft, die Staaten im Besitz von Atomwaffen und atomwaffenfreie Staaten, private und militärische Bereiche sowie die internationalen Organisationen. Unsere Antwort auf die Bedrohung durch Nuklearwaffen muss gemeinsam und konzertiert sein und auf dem mühsamen, aber beständigen Aufbau gegenseitigen Vertrauens beruhen, das die Dynamik des gegenwärtig vorherrschenden Misstrauens durchbricht. Im Jahr 1963 sagte der heilige Johannes XXIII. in der Enzyklika Pacem in terris, in der er auch ein Verbot der Atomwaffen forderte, dass der «wahre Friede unter den Völkern nicht durch die Gleichheit der militärischen Rüstung, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen kann».

Es ist notwendig, die Dynamik des Misstrauens zu durchbrechen, die derzeit vorherrscht und das Risiko eingehen lässt, zur Demontage des internationalen Systems der Waffenkontrolle zu gelangen. Wir erleben gerade eine Erosion des Multilateralismus, was noch schwerer wiegt angesichts der Entwicklung neuer Waffentechnologien; dieser Ansatz scheint zum gegenwärtigen, von Vernetzung geprägten Kontext ziemlich im Widerspruch zu stehen und stellt eine Situation dar, welche dringliche Aufmerksamkeit seitens aller Verantwortungsträger als auch Einsatz verlangt.

Die katholische Kirche ihrerseits ist unwiderruflich engagiert im Entschluss, den Frieden zwischen den Völkern und Nationen zu fördern: es ist eine Aufgabe, zu der sie sich vor Gott und vor allen Männern und Frauen dieser Erde verpflichtet fühlt. Wir dürfen nie müde werden, unverzüglich dafür zu arbeiten und darauf Nachdruck zu legen, die wichtigsten internationalen Rechtsmittel für die Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen, einschliesslich des Atomwaffenverbotsvertrags, zu unterstützen. Im vergangenen Juli starteten die Bischöfe Japans einen Appell zur Abschaffung der Kernwaffen, und jeden August begeht die Kirche in Japan ein zehntätiges Gebetstreffen für den Frieden. Mögen das Gebet, die unermüdliche Suche zur Förderung

von Abkommen sowie der Nachdruck auf den Dialog die «Waffen» sein, auf die wir unser Vertrauen setzen, und ebenso die Inspirationsquelle für die Bemühungen, eine gerechte, solidarische Welt aufzubauen, die echte Garantien für den Frieden bietet.

In der Überzeugung, dass eine Welt ohne Atomwaffen möglich und vonnöten ist, bitte ich die politischen Verantwortungsträger, nicht zu vergessen, dass Nuklearwaffen uns nicht vor den Bedrohungen für die nationale und internationale Sicherheit in unserer Zeit schützen. Man muss die katastrophalen Auswirkungen ihres Einsatzes unter humanitärem Gesichtspunkt und im Hinblick auf die Umwelt bedenken und davon ablassen, ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Feindseligkeit zu schüren, das von den Nukleardoktrinen befeuert wird. Die gegenwärtige Lage unseres Planeten wiederum erfordert eine Reihe von Überlegungen, wie alle diese Mittel verwendet werden können – auch in Bezug auf die komplexe und schwierige Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – und so Ziele wie die ganzheitliche Entwicklung des Menschen erreicht werden können. So hat dies schon im Jahr 1964 der heilige Paul VI. vertreten, als er den Vorschlag machte, den notleidenden Völkern durch einen Weltfonds zu helfen, der zum Teil aus den Ausgaben für Rüstungszwecke gespeist wird.

Für all das ist es entscheidend, Instrumente zu schaffen, die das Vertrauen und die gegenseitige Entwicklung sicherstellen, und auf Verantwortungsträger zählen zu können, die der Lage gewachsen sind. Diese Aufgabe wiederum schliesst uns alle ein und betrifft alle. Niemand kann gleichgültig bleiben angesichts des Schmerzes von Millionen von Männern und Frauen, der heute weiter an unsere Gewissen klopft; niemand kann taub sein für den Ruf des Mitmenschen, der aus seiner Verletzung aufschreit; niemand kann blind sein für die Trümmer einer dialogunfähigen Kultur.

Ich bitte euch, dass wir uns jeden Tag im Gebet verbinden für die Bekehrung der Gewissen und für den Triumph einer Kultur des Lebens, der Versöhnung und der Brüderlichkeit; einer Brüderlichkeit, welche die Unterschiede bei der Suche nach einer gemeinsamen Bestimmung anzuerkennen und zu gewährleisten weiss. (...)

Quelle: vaticannews.va

Kubanische Sanitätsbrigaden in Timor-Leste

Solidarität in Weiss

Über 400 000 kubanische Arbeitskräfte aus dem Gesundheitswesen haben sich in den letzten 56 Jahren in 164 Ländern in den Dienst der jeweiligen Bevölkerung gestellt. Beispielsweise in der Demokratischen Republik Timor-Leste. Wir dokumentieren eine Reportage von Claudia Díaz Pérez aus dem kleinen südostasiatischen Inselstaat, der ein halbes Jahrtausend unter Fremdherrschaft stand.

Von Claudia Díaz Pérez

Verwaiste Kinder, Frauen, die ihr Leben verloren, während sie ein anderes Leben zur Welt brachten, Unterernährung, Tuberkulose, Malaria, Massensterben in Konzentrationslagern, Tod als Folge von Verfolgung, bewaffneten Auseinandersetzungen, Zwangsmigration – so präsentierte sich Timor-Leste nach 25 Jahren unter indonesischer Herrschaft. Etwa 23% der Bevölkerung waren in diesen Jahren ums Leben gekommen.

Timor-Leste, erinnert sich der Kubaner Dr. Rolando Montero, gehörte zu den 20 ärmsten Ländern der Welt, gemessen am Human Development Index der Vereinten Nationen. Mehr als 40% der Bevölkerung lebten unterhalb der Armutsgrenze, und mehr als 70% der Gesundheitsstruktur waren verschwunden. Achtzig Prozent des Gesundheitspersonals wanderten aus dem Beruf aus. Sie hatten kaum Ausrüstung oder Medikamente. Zu dieser Zeit gab es 27 Ärzte für etwa 1,2 Millionen Einwohner, das Verhältnis der Ärzte pro Kopf betrug 1 pro 70 000 Einwohner, eines der niedrigsten in Südostasien.

Der Architekt des kubanischen Internationalismus

Inmitten dieses desolaten Szenarios stärkten sich die Bande zwischen den Unabhängigkeitsführern des kleinen Landes und dem Comandante en Jefe Fidel Castro. Geografisch weit entfernt, aber nahe in ihrem Wunsch, für die Bedürftigsten zu sorgen, knüpften sie zwischen den beiden Inseln, die sich in ihrem Widerstand gegen mächtige Feinde glichen, Beziehungen an.

Während des 13. Gipfeltreffens der blockfreien Länder in Malaysia trifft Fidel mit Xanana Gusmão, Präsident von Timor von 2002 bis 2007, und mit dem damaligen Aussenminister Dr. Ramos Horta, Friedensnobelpreisträger, zusammen. Dort schlägt der Anführer der kubanischen Revolution vor, sie beim Wiederaufbau der Nation, die 25 Jahre lang von Indonesien besetzt war und vorher zum portugiesischen Kolonialreich gehörte, von Kuba aus mit einer medizinischen Brigade zu unterstützen. Er verpflichtet sich auch, 1 000 Ärzte aus Timor-Leste auszubilden.

Kuba war nach China der zweite Staat, der die Unabhängigkeit Timor-Lestes von Indonesien anerkannte. So kam 2004 die kubanische Ärztebrigade in das Land, das wie Kuba die Form eines Alligators hat.

Die Zahlen lügen nicht

Rolando Montero, Facharzt für Dermatologie und derzeit Direktor des Krankenhauses Guillermo Hernández Fernández Vaquero in der Gemeinde

El Rincón in Havanna, leitete von 2012 bis 2016 die kubanische medizinische Brigade in dem kleinen südostasiatischen Land und bewahrt als Erinnerung die statistischen Beweise dafür auf, wie sich die dortigen Gesundheitsindikatoren mit der Anwesenheit der Kubaner verändert haben.

Die Säuglingssterblichkeitsrate von 68 pro 1000 Lebendgeburten wurde auf 36,3 reduziert, die Sterb-



Während des Besuchs des Premierministers Mari Alkatiri in Kuba im Jahr 2005 bekräftigte Fidel die Verpflichtung, 1000 Ärzte für Timor Leste auszubilden. Foto: Alberto Borrego

lichkeitsrate der unter Fünffährigen von 98/1000 liegt nun bei 45, und die Müttersterblichkeitsrate von 789 pro 100 000 wurde auf 215 gesenkt.

Die Lebenserwartung stieg von 55 auf 68 Jahre. Die medizinische Versorgung liegt jetzt bei über 90%, und die Bevölkerung ist zu fast 100% geimpft. Heute gibt es mehr als 1 000 Ärzte, die auf in Kuba ausgebildet wurden, wodurch die Ärztedichte auf einen Arzt pro 1 200 Einwohner gestiegen ist, eine der besten Raten in Südostasien, höher als auf den Philippinen, in Indonesien, Malaysia, Vietnam, Laos und China.

Mit Hilfe Kubas wurde das Mutter-Kind-Programm konzipiert, sowie Programme zur Krebsbekämpfung, zur Ernährung, zur Kontrolle übertragbarer und nicht übertragbarer Krankheiten, zu Medikamenten und Ausbildung und zur Vervollkommen der Humanressourcen.

In 29 von 32 Fachgebieten, die in den timoresischen Spitälern vertreten sind, arbeiten gemäss Dr. Montero kubanische Ärzte, «und von diesen 29 werden 21 ausschliesslich von unseren Ärzten betreut, etwa die ge-

burtshilffliche Pathologie, Angiologie, Nephrologie, Psychiatrie, Gastroenterologie, Rechtsmedizin, Onkologie, Oto-Rhino-Laryngologie und Mikrobiologie.»

In 15 Jahren medizinischer Zusammenarbeit wurden mehr als 10 Millionen Konsultationen, mehr als 100 000 chirurgische Eingriffe und mehr als 100 000 Geburten durchgeführt und mehr als 30 000 Leben gerettet.

Die Timoresen sprechen

Loro Horta, der vor etwas mehr als zwei Jahren als Botschafter der Republik Timor-Leste nach Kuba kam, kann sich kein anderes Land vorstellen, das ihnen in der Weise hilft, wie es der Karibikstaat getan hat. Für ihn ist das Konzept der kubanischen Sanitätsbrigade einzigartig. «Es war nicht nur die Entsendung der kubanischen

Bolivien-Aufruf

Nein zum Putsch

In einem Offenen Brief fordern schweizerische Solidaritätsorganisationen wie Alba Suiza und die Vereinigung Schweiz-Cuba neben Einzelpersonen aus verschiedenen Ländern die Menschenrechtskommission der UNO auf, sich der Situation in Bolivien anzunehmen.

Nach einer eingehenden Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen heisst es in dem u.a. von den Nationalräten Fabio Molina und Denis de la Reusille sowie dem ehemaligen Botschafter der Schweiz in Caracas, Walter Suter, erstunterzeichneten Text:

- Wir verurteilen den Staatsstreich, der von antidemokratischen rechten bolivianischen Kräften und anderen ausländischen Kräften durchgeführt und finanziert wurde, die versuchen, die Kontrolle über die wichtigen natürlichen Ressourcen des Landes wie Lithium und Gas wiederzuerlangen.
- Wir verurteilen in aller Entschiedenheit die Botschaften von Hass und Rassismus sowie die extreme Gewalt, die von den Anhängern der antidemokratischen radikalen Rechten gegen die indigenen, bäuerlichen Völker verübt wird.
- Wir verurteilen aufs Schärfste die «Rechtspflege» der De-facto-Regierung, die eine perverse Maschinerie der politischen Verfolgung durch ständigen Lynchmord in den Medien, das Erfinden von Rechtsfällen und die permanente Verletzung jeder Konvention, internationalen Norm und Verfassungsnorm Boliviens in Gang gesetzt hat.
- Wir fordern die Streitkräfte und die bolivianische Nationalpolizei auf, insbesondere das Leben und die Würde jeder Person auf bolivianischem Gebiet, unabhängig von ihrer politi-

schen Zugehörigkeit oder Nationalität, zu bewachen und zu schützen, sowie die Immunität der diplomatischen Vertretungen zu respektieren und ihre Beamten, Asylsuchenden und Einrichtungen zu schützen.

- Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, diesen gewaltsamen Putsch sowie die täglichen Verletzungen, die alle individuellen, sozialen, rechtlichen, kulturellen und politischen Freiheiten der grossen Mehrheit verletzen, zu verurteilen.
- Wir bitten die UN-Menschenrechtskommission, auf der Grundlage der Berichte, Untersuchungen und Zeugenaussagen der IACHR, des Büros des bolivianischen Ombudsmanns und anderer Menschenrechtsorganisationen, die systematische Verletzung der Bürgerrechte, die brutale Repression, die Morde und alle anderen Missbräuche, die von der De-facto-Regierung begangen werden, unmissverständlich zu verurteilen.
- Wir fordern dazu auf, diesen Staatsstreich auch weiterhin vor allen internationalen Gremien, der Presse und den Behörden aller Staaten der Welt anzuprangern.

Quelle: www.albasuiza.org

Jean Zieglers Kolumne in «Work»

Chaos in Bolivien

Es war der 1. Mai 2007. Ein kühler Herbstabend in der bolivianischen Hauptstadt La Paz. Ein paar ausländische Gäste hatte Staatspräsident Evo Morales in den Festsaal des Palastes eingeladen. Plötzlich stand ich neben zwei Generälen in der dunkelgrünen Uniform des Regiments Condor. Diese Spezialeinheit der bolivianischen Armee ist verantwortlich für die Ermordung Che Guevaras und Tausender Gewerkschafterinnen und Bauern des Landes.

Ich wandte mich erschreckt ab. Evo hatte meine Reaktion beobachtet. Leise, aber lächelnd sagte er zu mir: «Compañero, wenn Washington diesen zwei Männern grünes Licht gäbe, würden sie mich mit Vergnügen umbringen.»

DER PUTSCH. An diesen Abend dachte ich zurück, als im letzten November nach der umstrittenen Wiederwahl von Morales als Präsident Boliviens der Neofaschist Luis Fernando Camacho aus der Tieflandmetropole Santa Cruz de la Sierra einen Staatsstreich organisierte. Evo und seine engsten Mitkämpfer flohen nach Mexiko, Jeanine Añez, zweite Vizepräsidentin des Senats und Marionette Camachos, zog in den Präsidentenpalast ein. Seither herrscht Chaos in Bolivien.

Bolivien beherbergt Kinder und Enkel deutscher und kroatischer Nazis. Sie wurden reich durch die Kontrolle der Erdgasausbeutung im Tiefland und besitzen riesige Ländereien. Als katholische Rassisten haben sie die Wahl von Evo Morales, einem Angehörigen des indianischen Volkes der Aymara, im Dezember 2005 nie akzeptiert. Für sie war es eine Provokation, dass sich Morales am 8. Januar 2006 in den Ruinen von Tiwanaku, der ehemaligen Hauptstadt der Aymara, von traditionellen Würdenträgern

und erst vier Tage später in La Paz vom Kongress vereidigen liess. Aus der Ablehnung wurde Feindschaft, als Morales den wirtschaftlichen Umbruch vollzog: Am 1. Mai 2006 wurden 221 private Erdöl-, Minen- und Erdgasunternehmen in Gesellschaften verwandelt, die 80 Prozent ihrer Einnahmen dem Staat abgeben mussten.

NULL HUNGER. Bis dahin galt Bolivien nach Haiti als das ärmste Land Lateinamerikas mit einer Unterernährungsrate von 35,2 Prozent. Tausende Kinder starben jährlich an Hunger. Deshalb war die erste Massnahme, die Morales ergriff, die Bekämpfung des Hungers. Weil ich Sonderbeauftragter der Uno für das Recht auf Nahrung war, lud er mich ein, ihn beim Plan «Hambre cero» (Hunger null) zu unterstützen. Dank der nunmehr staatlichen Einnahmen aus der Rohstoffausbeutung war die Unterernährung innerhalb von sechs Jahren besiegt.

Das wird die grosse Mehrheit der bolivianischen Bevölkerung – 65 Prozent sind Angehörige indianischer Völker – nicht vergessen. Morales war der erste Präsident dieser Mehrheit, die bis zu seiner Wahl wirtschaftlich, sozial und juristisch diskriminiert und ausgebeutet wurde. Der kubanische Poet José Martí schrieb: «Die Wahrheit, die einmal erwacht ist, kehrt nie wieder zum Schlaf zurück.» Im Erwachen der bolivianischen Indianer liegt eine ungeheure Kraft. Sie werden sich nicht wieder unterwerfen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor: Sein neustes Buch ist: Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.

Queller: work. Die Zeitung der Gewerkschaft, Nr. 2/2020 www.workzeitung.ch. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.



Kubanische Ärztinnen in Timor-Leste. Foto zvg

Eine bestechend dumme Idee

Kalter Krieg und heisse Hühner

Blue Peacock (dt.: Blauer Pfau) ist der Codename eines Atomwaffenprojekts, welches das britische Verteidigungsministerium während des Kalten Krieges in den 1950er Jahren durchführen liess und die Entwicklung einer nuklearen Landmine vorsah. Diese Minen sollten einen allfälligen Vorstoss der Sowjetunion gegen Westdeutschland mit der Taktik der «verbrannten Erde» unattraktiv machen und in der Nähe von Infrastrukturen wie z. B. Industrieanlagen, Bahnhöfen und Talsperren ausgebracht werden. Man geht davon aus, dass der Einsatz dieser Waffen tausende bis zehntausende Menschenleben gekostet hätte.

Von Matthew Gault

Landminen und Atomwaffen sind zwei der schrecklichsten Kriegswaffen – aus zwei sehr unterschiedlichen Gründen. Atomwaffen können ganze Städte auslöschen, und Landminen warten vergraben in der Erde und sind bereit, jeden zu verletzen, der ihnen zu nahe kommt.

In den 1950er Jahren versuchte Grossbritannien, beides zu einer Nuklearmine zu kombinieren ... mit Hühnern als Heizquelle. Ja, dies wurde tatsächlich vorgeschlagen. Aber zu den Hühnern kommen wir gleich noch.

Der «Blaue Pfau» wäre eine der schlimmsten Arten von Waffen des Kalten Krieges gewesen – eine Atombombe, von der der Feind nicht weiss, dass man sie hat. Das Vereinigte Königreich versuchte, 10 Atomminen zu entwickeln und zu stationieren. Nach der Fertigstellung würde es die Atomwaffen an die britische Rheinarmee verschiffen – die britische Besatzungsmacht in Deutschland (BAOR).

Die BAOR würde dann die Landminen entlang der ostdeutschen Grenze im Norden verlegen und sie zur Explosion bringen, falls die Sowjets jemals versuchen sollten, den Eisernen Vorhang zu durchschreiten. Das primäre Ziel des Projekts war nicht, sowjetische Soldaten zu töten – obwohl die Sprengungen sicherlich dazu in der Lage gewesen wären –, sondern die norddeutsche Ebene zu verstrahlen und zu kontaminieren, damit Moskaus Truppen sie nicht besetzen können.

«Eine geschickt platzierte Atommine würde nicht nur Einrichtungen und Anlagen auf einem grossen Gebiet zerstören, sondern auch die Besetzung des Gebiets durch Kontamination für eine beträchtliche Zeit verunmöglichen», erklärte ein Strategiepapier aus der Ära des Kalten Krieges, das vom Magazin «Discovery» ausgegraben wurde.

Die Wissenschaftler stützten sich beim Entwurf des «Blauen Pfaus» auf die erste britische Atomwaffe – die «Blue Danube» ab. Die «Blaue Donau» war eine 10 bis 12 Kilotonnen schwere Bombe, gedacht für den freien Fall aus Flugzeugen. Sie sah in etwa aus wie eine der Bomben, die Willi Kojote in seinem Comic auf den Roadrunner zu werfen pflegt.

Die «Blue Danube» hatte weniger Schlagkraft als «Fat Man» (Nagasaki-Bombe) und «Little Boy» (Hiroshima), so dass die britische Armee 1954 beschloss, diese winzige Atombombe in eine Landmine zu verwandeln.

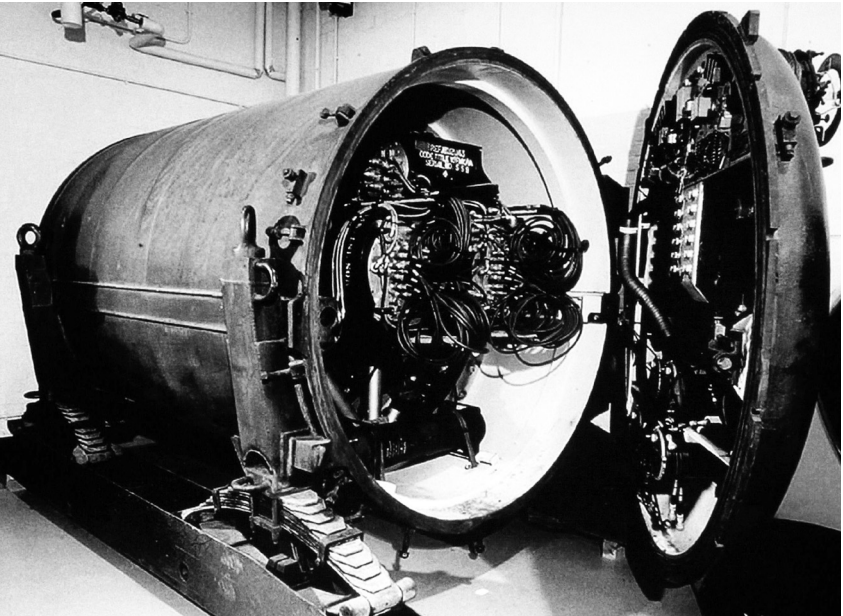
Das Kriegsministerium ordnete die Entwicklung an, und die Königliche Rüstungsforschungs- und Entwicklungseinrichtung machte sich daran, die Donau in den Pfau zu verwandeln. In wenigen Jahren hatten die Forscher einen Prototyp. Die nukleare Landmine verwendete einen Plutoniumkern, der von konventionellem Sprengstoff mit zwei Schlagbolzen umgeben war. Das gesamte Gerät war von Stahl umhüllt.

Das Projekt hatte mehrere Probleme. Erstens war die «Blue Peacock» im Vergleich zu einer konventionellen Landmine massiv. Der riesige Zylinder wog etwa acht Tonnen. An der Seite war die kreisförmige Mine mehr als zwei Meter hoch. Es genügt

zu sagen, dass der Transport und das Testen der Waffe eine Tortur war.

Um zu beweisen, dass die Waffe überhaupt detonieren konnte, gruben Forscher in der Nähe von Sevenoaks in Kent eine Kiesgrube aus. Sie platzierten die Mine, fluteten die Grube und liessen den konventionellen Sprengstoff detonieren. Bei dem Test wurde kein Kernmaterial verwendet. Die Forscher versuchten lediglich zu beweisen, ob die Hülle und die Schlagbolzen funktionieren würden.

Das nächste Problem war die Nähe der eigenen Soldaten zur Detonation. Eine Atomwaffe abzufeuern, ohne durch die nachfolgende Explosion Schaden zu nehmen, ist ein klassisches Problem des Atomkriegs. Ein Flugzeug kann einen Sprengkopf abwerfen, vom Ort des Geschehens flie-



Der «Blaue Pfau», AWE Aldermaston, Historische Sammlung. Foto: nuclear-news.net

hen und dem Schlimmsten der Explosion entkommen. Aber eine kleinere, unter der Erde versteckte oder von der Artillerie abgefeuerte Munition ist eine andere Geschichte.

Die US-Armee hat in den 60er Jahren nukleare Bazookas – die «Davy Crockett» – entwickelt und produziert (und in Deutschland stationiert, die Red.), aber die winzige Atombombe war immer noch eine Atombombe. Es dauert Meilen, bis sich der Fallout selbst einer kleinen Atomexplosion auflöst. Das Pentagon dachte nochmals nach und stellte das Projekt (1965) zurück.

Grossbritannien hatte ein ähnliches Problem mit seinem «Blue Peacock». Wie konnte eine nukleare Landmine zur Detonation gebracht werden, ohne sich in der Nähe der Vorrichtung zu befinden? Es fand zwei Lösungen, eine clevere und eine bizarre.

Der erste Plan bestand darin, von der Landmine zu einem drei Meilen entfernten Aussenposten Draht zu verlegen, wo ein Soldat den Sprengstoff aus der Ferne zünden würde, falls die Sowjets jemals einmarschieren sollten. Sollte dies scheitern oder sollte die britische Armee wissen, dass die Sowjets kommen und Zeit haben, das Gebiet zu verlassen, könnte ein einzelner Soldat einen an der Mine angebrachten Uhrwerkzeitmechanismus aktivieren.

Der Countdown würde acht Tage dauern. Nach Ablauf würde die Mine explodieren.

Angreifbarkeit war das nächste Problem. Das Vereinigte Königreich brauchte einen Weg, um die Sowjets davon abzuhalten, die Minen zu ent-

waffnen, falls russische Soldaten sie entdecken sollten. Die Antwort war, die Mine manipulationssicher zu machen ... indem sichergestellt wurde, dass sie explodierte, wenn sich jemand daran zu schaffen machte.

Die britischen Militärwissenschaftler bauten der «Blue Peacock» einen unter Druck stehenden Rumpf und Kippsschalter. Wenn jemand oder etwas versuchte, die Mine zu manipulieren, sie zu stossen, sie mit Wasser zu füllen oder die Hülle mit Kugeln zu durchbohren ... dann startete die «Blue Peacock» einen 10-Sekunden-Timer. Am Ende dieser 10 Sekunden würde die Mine ausgelöst.

Hitze war das letzte Problem. Die Elektronik und der konventionelle Sprengstoff in der «Blue Peacock» waren anfällig für kaltes Wetter, und das gesamte System musste in einem engen Temperaturbereich bleiben. Wenn der Boden in Deutschland unter eine bestimmte Temperatur abtauchte, war es möglich, dass die Landmine nicht explodieren würde.

Auch hier entwickelten die Forscher mehrere innovative Lösungen für das Problem. Eine frühe Idee be-

traf Hühner. Die Mine war gross und ihr Inneres geräumig genug, um lebende Hühner aufzunehmen. Die Idee bestand darin, ein paar Hühner mit genug Futter hineinzugeben, um sie einige Wochen lang am Leben zu erhalten. Ein Soldat würde die Hühner je nach Bedarf austauschen. Die Wissenschaftler wählten stattdessen eine praktischere Methode der Wärmeerzeugung. Sie verpackten die Mine mit Glasfaserkissen.

Die britischen Nationalarchive gaben am 1. April 2004 einen Grossteil der Informationen über «Blue Peacock», einschliesslich des Hühnerprogramms, frei.

Das Datum der Freigabe schien ominös, und einige in der Presse fragten das Nationalarchiv, ob das Ganze ein raffinierter Aprilscherz sei.

«Der öffentliche Dienst macht keine Witze», sagte das Nationalarchiv gegenüber der BBC.

Das Vereinigte Königreich baute zwei Prototypen des «Blue Peacock», stellte das Projekt aber 1957 ein. (...) Einer der beiden Prototypen ist derzeit in der Historischen Sammlung des Atomwaffenstützpunkts Aldermaston in England ausgestellt.

Die Versuche Grossbritanniens, eine nukleare Landmine zu entwickeln, waren verrückt, aber es war nicht das einzige Mal, dass eine Atommacht versuchte, Minen und kleinere, taktischere Nuklearmunition zu entwickeln. Es war nur eine Widerspiegelung der verrückten Logik der Atomkriegsplanung der 1950er Jahre.

Quelle: The National Interest/nuclear-news.net. Übersetzung aus dem Englischen UW



Was gibt es da zu grinsen? Präsident Donald Trump unterzeichnet am 20. Dezember 2019 auf der Joint Base Andrews den National Defense Authorization Act und eröffnet damit der Militarisierung des Weltalls Tür und Tor. (Foto U.S. Air Force/Spencer Slocum)

USA greifen zum Sternenkrieg

Himmel noch einmal

Präsident Donald Trump hat das Genehmigungsgesetz für das «Verteidigungs»-budget 2020 unterzeichnet. Vorgesehen ist darin die Schaffung einer sechsten US-Teilstreitkraft, der US Space Force, die sich militärischen Raumfahrtmissionen annehmen soll. Damit eröffnet Trump – Wahnsinn und Grössenwahn im Gleichschritt – dem Rüstungswettlauf eine neue Dimension.

Von Prof. Karl Grossman

Präsident Donald Trump hat den National Defense Authorization Act für 2020 unterzeichnet, der die Schaffung einer Space Force als sechste Teilstreitkraft vorsieht – unter vollkommener Missachtung des bahnbrechenden Vertrags von 1967 über den Weltraum, der das All als globales Gemeinschaftsgut friedlichen Zwecken vorbehalten wollte.

Der Vertrag wurde von den Vereinigten Staaten, der ehemaligen Sowjetunion und Grossbritannien ausgearbeitet und seither von den meisten Nationen der Erde unterzeichnet. Craig Eisendrath, der als Offizier des US-Aussenministeriums an seiner Schaffung beteiligt war, meinte, sie hätten damit versucht, «den Weltraum zu entwaffnen, bevor er bewaffnet wird ... um den Krieg aus dem Weltraum fernzuhalten».

Der Vertrag verbietet die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im Weltraum. Entgegen der Behauptung der Trump-Administration und des US-Militärs, eine Space Force sei notwendig, weil Russland und China militärisch in den Weltraum vorstossen würden, haben Russland, China und Kanada jahrzehntelang eine Erweiterung des Vertrags vorangetrieben. Sie haben sich für die Resolution der UNO zur Verhinderung eines Wetttrüstens im Weltraum (Prevention of an Arms Race in Outer Space Resolution – PAROS) eingesetzt, die ein Verbot der Platzierung von Waffen im Weltraum bekräftigen würde. Die Vereinigten Staaten haben sich gegen den PAROS gewandt und bei der UNO erfolgreich ihr Veto eingelegt.

Bei der Unterzeichnung des Verteidigungsermächtigungsgesetzes am 20. Dezember sagte Trump, die Bildung einer Weltraumtruppe sei «ein grosser Moment». Er meinte: «Der Weltraum. Im Weltraum werden eine Menge Dinge passieren. Denn der Weltraum ist der neueste Kriegsschauplatz der Welt.»

Trump's Befürwortung einer Space Force «begann als Witz», wie der Sender National Public Radio (NPR) unterstrich. Claudia Grisales vom NPR berichtete, dass Trump im März 2018 «vor Mitgliedern des Marinecorps in San Diego über eine Idee, die er «Space Force» nannte, gelästert hat. Es hat Lacher ausgelöst». Später hielt Trump fest: «Ich sagte, vielleicht brauchen wir eine neue Kraft, wir nennen sie die Space Force. Und das war nicht wirklich ernst gemeint. Dann sagte ich mir: «Was für eine tolle Idee, vielleicht müssen wir das tun.»

Seit Präsident Ronald Reagans «Star Wars»-Schema der 1980er Jahre habe ich die Möglichkeit erforscht, dass der Weltraum zu einer Kriegssarena wird. Darüber habe ich ein Buch geschrieben, «Waffen im Weltraum»,

und drei Fernsehdokumentationen redigiert und kommentiert. Ich war mehrere Male in Russland und ich war in China. Was diese Nationen wollen, ist die PAROS-Initiative und nicht die Verschleuderung ihrer nationalen Finanzmittel für Waffen im Weltraum.

Ich erinnere mich, dass ich mit chinesischen Diplomaten zusammengesessen bin, nachdem ich auf einer UN-Konferenz über die Bedrohung durch die Bewaffnung des Weltraums gesprochen hatte. Sie betonten, dass sie ihr Volk ernähren, ausbilden, unterbringen und medizinisch versorgen müssen. Im Anschluss an meine Rede sprach der chinesische UN-Botschafter darüber, wie seine Nation versucht, den Weltraum für den Frieden zu erhalten.

Aber wenn die Vereinigten Staaten mit einer Weltraumtruppe voranschreiten, werden China und Russland und dann auch andere Länder in gleicher Weise reagieren. China und Russland werden die «amerikanische Dominanz» im Weltraum nicht akzeptieren, und es würde ein Wetttrüsten im Weltraum geben.

Das Globale Netzwerk gegen Waffen und Atomkraft im Weltraum hielt in Florida ein Protestmeeting gegen die Bewaffnung des Weltraums ab, an welchem auch Apollo-Astronaut Edgar Mitchell teilnahm. Er sagte, «ein Krieg im Weltraum wäre der erste und einzige».

Bruce Gagnon, Koordinator des Maine-basierten globalen Netzwerks, hob hervor, Mitchell habe bei dem Meeting davor gewarnt, dass im Falle eines Krieges «sämtliche mit Satelliten verbunden Aktivitäten auf der Erde sofort abgeschaltet würden – Handys, Geldautomaten, Kabelfernsehen, Ampeln, Wettervorhersage und mehr –, und verloren gehen würden. Die moderne Gesellschaft ginge unter.»

China unterstrich, dass eine US-Raumfahrt-Truppe eine «direkte Bedrohung» für den Frieden darstellen würde. Sein Aussenministerium sagte kürzlich, die Welt solle «eine vorsichtige und verantwortungsbewusste Haltung einnehmen, um zu verhindern, dass im Weltraum ein neues Schlachtfeld eröffnet wird, und gemeinsam daran arbeiten, dauerhaften Frieden und Ruhe im Weltraum zu erhalten».

Ein Krieg im Weltraum wäre unheilvoll.

Karl Grossman ist Professor für Journalismus am SUNY College in Old Westbury. Er ist Autor von «Weapons in Space» und Autor und Kommentator der TV-Dokumentation «Nukes in Space: Die Nuklearisierung und Bewaffnung des Himmels». Er war einer der Gründer des Globalen Netzwerks im Jahr 1992.

Quelle: www.space4peace.org. Übersetzung aus dem Englischen UW

Kuschen wie vor 80 Jahren

Die Rückgratlosen

Die politischen Eliten der Schweiz machten sich bei Hitler, Mussolini und Franco lieb Kind — und kuschen heute vor den USA.

Von Rafael Lutz

Eine historische Aufarbeitung der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zeigt, wie nazifreundlich sich die Schweiz damals verhalten hat und wie paranoid gegenüber der Sowjetunion. Die Geschichte hat Spuren hinterlassen, die bis in die Gegenwart reichen: Die antirussische Politik hält bis heute an.

«Das war das grösste weltpolitische Ereignis seit dem Weltkrieg.» Mit diesen Worten beschrieb Giuseppe Motta Hitlers Einmarsch in Österreich im März 1938. Motta war Aussenminister der Schweiz und in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ein prägender Kopf der Aussenpolitik — einer Aussenpolitik wohlgemerkt, welche vielen Schweizern Angst machte. So auch dem Journalisten Harry Gmür.

Der politische Kurs, den Motta vor Beginn des kolossalen Gemetzels anvisierte, war 1939 für den 31-jährigen Gmür Grund genug, sich journalistisch ganz dem Kampf gegen den Faschismus zu widmen. Gmür stammte aus einer grossbürgerlichen Familie und hatte sich als scharfer Beobachter seiner Zeit in den Dreissigerjahren bereits einen Namen als Journalist und Agitator innerhalb der Linken gemacht.

In der von ihm herausgegebenen und mitfinanzierten Wochenzeitung ABC schrieb der studierte Historiker und Germanist Gmür 1937/1938 gegen Faschismus, Antisemitismus sowie auch gegen die Komplizenschaft der Schweizer Regierung und Wirtschaftselite an, die den Achsenmächten nahestand. Die Zeitung, die in Deutschland bereits im Juli 1937 von den Nazis verboten wurde, genoss auch über die linken Kreise hinaus Prestige und galt geradezu als ein Leuchtturm des kritischen und engagierten Journalismus. Zu den regelmässigen Autoren gehörten Josef Halperin, Theo Pinkus, Charles Ferdinand Vaucher, Friedrich Glauser und Annemarie Schwarzenbach.

Beschlagnahmte Zeitung

Aufgrund personeller und finanzieller Schwierigkeiten musste das ABC jedoch bereits im März 1938 nach nur 55 Ausgaben eingestellt werden. Entscheidend an der «Beerdigung» des ABC hatte zuletzt die Bundesanwaltschaft mitgewirkt. Im März 1938 beschlagnahmte sie eine bereits gedruckte Auflage von 1145 Stück, weil sie Wind von einem Plakat erhalten hatte, mit dem die Wochenzeitung auf sich aufmerksam machen wollte. Auf diesem war ein mit roter Farbe durchgekreuzter Nazi zu sehen, der Flugblätter verteilte. Darunter war zu lesen: «Der Schweizer liest die freie demokratische Wochenzeitung ABC.» Begründet wurde die Beschlagnahmung des Plakates mit den «völkerrechtlichen Beziehungen», welche die Schweiz damit gefährden würden. Gemeint waren die Beziehungen zu den Achsenmächten.

Aus der Empörung heraus griff Gmür, den die Behörden als gefährlichen Dissidenten einstufen, sodann im Sommer 1939 zur Feder und verfasste das informationsreiche rund 90-seitige Pamphlet: «Patriotisches Grosskapital – anderthalb Jahre schweizerische Aussenpolitik».

Verbreitung fand die Streitschrift keine, einen Verlag suchte Gmür vergeblich. Die Unterdrückung der Schrift dürfte einen einfachen Grund gehabt haben: Sie deckte in einer Episode, die von Pressezensur und Angst gekennzeichnet war, die Beziehungen der Schweizer Machtelite zu Franco-Spanien, Mussolini-Italien

und Hitler-Deutschland schonungslos und akribisch auf. (...)

Faschismus auf Vormarsch

Während hierzulande ein unerbittlicher Kampf gegen die Presse und insbesondere auch gegen die Linken geführt wurde, breitete sich der Faschismus auf dem europäischen Kontinent wie ein Krebsgeschwür aus. In Spanien tobte ein blutiger internationaler Konflikt, die nationalistischen Anhänger von Francisco Franco wurden durch die beiden faschistischen Mächte Deutschland und Italien unterstützt. Im März 1938 marschierte Hitler in Österreich ein, der «Anschluss» war perfekt.

Es folgte die Konferenz in München Ende September 1938, welche die Annexion des Sudetenlandes beschloss; und nur wenige Wochen später wurde die geheime Anordnung für die Besetzung der restlichen Tschechoslowakei Realität. Spätestens mit der «Kristallnacht» vom 9. November 1938 und der systematischen Judenverfolgung war klar, welche Intentionen der Nationalsozialismus hegte.

Der Bundesrat näherte sich mehr und mehr den faschistischen Achsenmächten an; in den Augen Gmürs ein Grauen. Zwei Monate nach der Annexion Österreichs befreite sich die Schweiz am 14. Mai 1938 als Mitglied des Völkerbundes von der Pflicht, Wirtschaftssanktionen gegenüber künftig Krieg führenden Nationen wie dem Deutschen Reich oder Italien mittragen zu müssen.

Gmür schrieb: «Dem Vorwurf, die Schweiz habe durch ihren Abfall von der Kollektivsicherheit die Geschäfte der faschistischen Kriegstreiber besorgt, wird demnach die Berechtigung nicht abzusprechen sein.»

Beweiräucherung des Münchner-Abkommens

Spiritus rector hinter dieser Politik war der Tessiner Aussenminister Motta, der als strenger Antikommunist im Nationalsozialismus und Faschismus eine effiziente Abwehr gegen den Sowjet-Bolschewismus zu erkennen glaubte. Insbesondere die Position, die Motta sowie auch der Schweizer Gesandte in Berlin, Hans Frölicher, zum Münchner Abkommen und der Annexion des Sudetenlandes einnahmen, tadelte Gmür aufs schärfste.

An einer Rede in München sprach Frölicher im Oktober 1938 positiv über Hitlers Annexion des Sudetenlandes. Für den scharfsinnigen politischen Beobachter Gmür bedeutete das: Frölicher war der Goebbels-Propaganda auf den Leim gekrochen. Er schrieb:

«Es ist zwar richtig, dass die deutschen Machthaber 1938 in der Hauptsache Gebiete annektierten, in denen ein starker Prozentsatz den Anschluss wünschte. Bei Österreich ist aber zumindest fraglich, ob bei freier Abstimmung sich eine Mehrheit für den Anschluss gefunden hätte.»

Frölicheres Lobrede war nicht etwa ein Aussetzer, der vom Bundesrat desavouiert wurde. Im Gegenteil. Der Bundesrat verteidigte den Gesandten in Berlin. Bundesrat Motta war gar entrüstet, dass Frölicher für sein Auftreten in der Presse so arg kritisiert wurde. Was Gmür lakonisch kommentierte:

«Dadurch ist die Rede Frölicheres zu einem Skandal geworden, den das ganze Regime zu verantworten hat.»

Tränen des Bundesrates

Noch einen Schritt weiter bei der faschismusaffinen Interpretation der

geopolitischen Lage ging Bundesrat Motta selbst, wie Gmür schrieb. Zur Eröffnung der Mustermesse in Lugano im November 1938 heroisierte der Schweizer Magistrat das Münchner-Abkommen regelrecht:

«Wem wären nicht die Tränen in die Augen getreten, als er den epischen Flug von Neville Chamberlain nach Berchtesgarden, nach Godesberg und nach München verfolgte? Dieser edle Greis war in Wahrheit der fliegende Bote des Friedens, ein unvergänglicher Ruhm seines Landes und eine gemeinsame Ehre aller Völker, die sich vor seiner moralischen Grösse verneigen.»

Natürlich durften auch Lobhudeleien auf den Diktator Mussolini, der ebenfalls zu Gast war, nicht ausbleiben. Diese devote Haltung gegenüber den faschistischen Machthabern Europas brachte Gmür knackig auf den Punkt:

«Dass er (Motta) sich vorbehaltlos in die Reihe jener Hosianna-Schreier stellte, die die Weltmeinung durch eine Verdrehung der Tatsachen um



Die PostFinance als Staatsunternehmen soll ihren Kriechgang vor den USA und deren kriminellen Cuba-Blockade sofort beenden: AktivistInnen von acht Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen, darunter der Schweizerischen Friedensbewegung, überreichten am 10. Dezember 2019, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, der Bundeskanzlei in Bern eine entsprechende Petition an Bundesrat und Parlament (siehe auch UW 4/2019). Anwesend als Sprecher waren Dr. Franco Cavalli, Mitbegründer von medicuba und ehemaliger Nationalrat aus dem Tessin sowie Denis de la Reussille, Nationalrat der Partei der Arbeit und Stadtpräsident von Le Locle. Letzterer hatte im Parlament eine Interpellation mit gleichem Inhalt wie die Petition eingereicht. Foto VSC

180 Grad irrezuführen und für neue Kapitulationen reif zu machen sich mühten, bleibt ... ein unentschuldigbares Verbrechen gegen unser Land.»

Ungleiche Behandlung

Am deutlichsten zeigte sich die selektive politische Wahrnehmung Mottas am Beispiel Russlands. Einerseits glorifizierte der Aussenminister ständig die angebliche Neutralität der Schweiz, andererseits diffamierte er bei jeder Gelegenheit die Sowjetunion. Der Aussenminister war auch davon überzeugt, dass Lenin persönlich für den Generalstreik 1918 in der Schweiz verantwortlich war. Ein Jahr nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution hatte die Schweiz im Herbst 1918 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen. Im April 1939 argumentierte die oberste Landesbehörde, dass diese auch weiterhin nicht aufgenommen werden könnten, da sich Moskau im Unterschied zu anderen Staaten in die inneren Angelegenheiten der Schweiz einmischen würde.

In der politischen Realität war es aber der verlängerte Arm Hitlers und Mussolinis, der bis tief in die helvetische Politik hineindrängte. (...)

Die Welt von gestern — die Welt von heute

Die hier beschriebenen Ereignisse liegen mittlerweile 80 Jahre zurück. Aus heutiger Perspektive ist es einfach, sich über die Politik der herrschenden Klasse der Schweiz in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg und die damalige Pressezensur zu echauffieren. Die Welt ist eine andere. Die Frage aber stellt sich: Hat sich die Welt seither grundsätzlich zum Besseren verändert?

Einen Kampf gegen die Presse führen die Machteliten, ebenso wie vor 80 Jahren, auch heute. Man denke nur an den Fall Julian Assange. Die US-Machteliten tun alles, um den womöglich bedeutendsten Verleger des 21. Jahrhunderts zu töten. Sein Verbrechen? Er hat die Kriegsverbrechen des US-Imperiums aufgedeckt.

Die Mördermaschinerie der Nationalsozialisten ist Vergangenheit. Doch ist das alleine bereits ein Fortschritt? Der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, Mitglied des Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrates, sagt:

«Der Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen, die heutige neoliberale Weltwirtschaftsordnung schafft das locker in gut einem Jahr.»

Die Namen und Gesichter der Machteliten haben sich verändert, doch gleichartige Machtstrukturen bestehen auch heute. Die Weltmacht USA, die über 800 Militärbasen auf dem ganzen Planeten verfügt und im Kampf um wirtschaftlichen und politischen Einfluss auch vor Regime Changes nicht zurückschreckt, hat mit ihren militärischen Interventionen seit 1945 zwischen 20 bis 30 Millionen Menschenleben auf dem Gewissen.

Und auch an faschistischen Strukturen herrscht kein Mangel. Man denke nur an den Aufstieg Jair Bolsona-

fassenden US-Cyberspionage — die Nachbarländer tun dies ebenso.»

Formelle Neutralität hin oder her. Bei einem Snowden wird sie auf dem Altar realer Machtverhältnisse geopfert. Dafür gewährte Russland dem Geplagten und Gejagten Asyl. (...)

Sanktionen gegen Russland

Ähnlich manifestiert sich die Vormachtstellung des US-Imperiums auch im Rahmen des Ukraine-Konfliktes, für dessen Ausbruch die USA mitverantwortlich sind und der gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trumps wieder ins Zentrum der Weltöffentlichkeit gerückt ist. Auch hier ist es der Schweiz nicht gelungen, sich der Ukrainepolitik der US-Machteliten zu widersetzen.

Ebenso wie die EU-Staaten trägt sie die Sanktionen mit, welche die westlichen Staaten nach dem Krim-Referendum und dem Abschuss der Malaysia Airlines Flug 17 über der Ukraine 2014 gegen Russland ver-

hängt haben. Eine neutrale Aussenpolitik sieht anders aus.

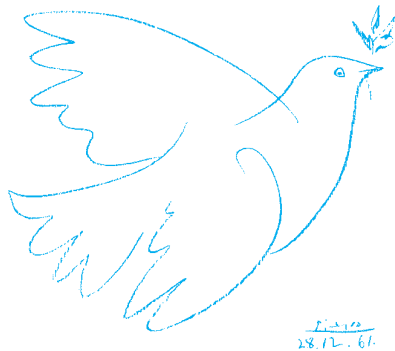
Die Vasallenhaltung der europäischen Staaten inklusive der Schweiz ist insbesondere deshalb erstaunlich, da es den US-Machteliten im Februar 2014 gelang, den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu stürzen und eine ihnen genehme Putschregierung an die Macht zu bringen, die aus Parteimitgliedern der rechtsradikalen, antisemitischen und russophoben Swoboda-Partei bestand.

Deren Absichten waren von Anfang an klar: NATO-Beitritt sowie eine engere militärische und ökonomische Zusammenarbeit mit dem Westen. George Friedman, US-Stratege und einstiger Vorsitzender von Stratfor, sprach von einem offensichtlichen Putsch, der in Kiew über die Bühne ging. Die Sanktionen erhoben die europäischen Länder allerdings nicht gegen die USA, sondern gegen Russland. Dies, nachdem die Bürger auf der Krim, die historisch und kulturell Russland nahe stehen, gegen die neuen Machthaber in Kiew zu rebellieren begonnen und sich für einen Anschluss an Russland ausgesprochen hatten. Der Krieg, der daraufhin begann, dauert bis heute an.

So sieht aktuell Machtpolitik aus. Die politische Elite in der Schweiz will es mit dem US-Imperium nicht verschmerzen und es sich nicht zum Feind machen. Die Gefahr kann schliesslich nur von Russland ausgehen. Genauso wie zu Zeiten Mottas, als die Schweiz den Kommunismus für alles Schlechte auf der Welt verantwortlich machte, marschiert die politische Elite der Schweiz heute mit den transatlantischen Herrschern dieser Welt mit, die hinter allen bösen Taten den verlängerten Arm Wladimir Putins sehen. Und das, obwohl die NATO mittlerweile bis an die Grenzen Russlands vorgerückt ist.

Rafael Lutz arbeitet als Journalist für die Zürcher Lokalzeitung «Der Tössthaler». Sein Text erschien zunächst in infosperber.ch und wurde von ihm für rubikon.news ergänzt. Unser gekürzter Abdruck fusst auf der Version von rubikon.news.

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Für Assange auf die Strasse: Mahnwache des Free Assange Komitees Schweiz vom 14. Dezember auf dem Zürcher Bürkliplatz. Die nächste Mahnwache dort findet am 25. Februar um 20 Uhr statt. Foto und Infos: Facebook/FreeJulianAssangeSchweiz

Für Julian Assange auf die Strasse

Letzte Chance für die Meinungsfreiheit

Über die Auslieferung von Julian Assange wird in wenigen Wochen in England entschieden. Weltweit versammeln sich mehr und mehr Menschen auf der Strasse, um ihrem Protest über seine Verhaftung und seine mögliche Auslieferung an die USA Ausdruck zu verleihen. Warum diese Proteste der Zivilgesellschaft unverzichtbar sind und warum «alle», die die Möglichkeit haben, hingehen sollten, fasst die österreichische Friedensaktivistin Andrea Drescher hier aus persönlicher Sicht zusammen.

Von Andrea Drescher

Warum gehe ich auf die Strasse? Weil mir das Thema zu wichtig ist, um nicht auf die Strasse zu gehen. Und warum ist mir das Thema wichtig? Weil ich davon betroffen bin – genauso wie jeder andere kritisch denkende Mensch auch. Es kommt nur auf den Zeitpunkt an, ab wann diese Betroffenheit schlagend wird.

Es war Martin Niemöller, der sagte: *Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.*

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.

Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.

Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

In diesem Sinne darf ich nicht schweigen, wenn Menschen wie Julian Assange, Chelsea Manning oder Edward Snowden «geholt werden». In Niemöllers Sinne «die Kommunisten».

Als sie die Kommunisten holten ...

Julian Assange, einer der Gründer von WikiLeaks, hat unter anderem geholfen, US-Kriegsverbrechen und den Tiefen Staat für den Normalbürger sichtbar zu machen, das ist sein «eigentliches Verbrechen». Und sein Fall macht deutlich, dass unser Rechtsstaat nicht mehr funktioniert, sondern im Gegenteil kläglich versagt. Er hat versagt, als es um die unrechtmässige Inhaftierung, sogar um die Folterung eines Journalisten aus Australien ging!

Und das alles geschieht ohne nennenswerten Widerstand innerhalb der Weltgemeinschaft, innerhalb der UNO, innerhalb Europas, der EU?

Nein, bald nicht mehr innerhalb der EU. Ab Februar nur noch innerhalb des Commonwealth, innerhalb des angloamerikanischen Einflussbereichs, doch in jedem Fall innerhalb der westlichen Wertegemeinschaft – von der ja ständig geredet wird. Doch welche Werte werden hier vertreten?

Journalismus wird oft als «die vierte Gewalt» bezeichnet. Das ist falsch, das war nie so gedacht! Der Rechtsstaat ruht auf drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative.

Journalismus war immer als ausserparlamentarische Opposition gedacht. Nicht als vierte Gewalt, sondern als Korrektiv.

Aber hier hat der Tiefe Staat, auch als militärisch-industrieller Komplex (MIK) bekannt, ganze Arbeit geleistet. Es gibt dieses Korrektiv in der bisherigen Form nicht mehr. Es gibt heute einen militärisch-industriellen Medien-Komplex (MIMK). Dieser hat Julian Assange zum Verbrecher erklärt – und das eigentliche Korrektiv, die Massenmedien, haben ebenso kläglich versagt; sie melden sich erst jetzt kleinlaut zu Wort, nachdem ihr Versagen allzu deutlich wird.

Was ist Assanges Verbrechen? Die USA beziehungsweise deren Tiefer Staat werfen ihm «unerlaubten Erhalt und die Verbreitung geheimer Informationen» vor. Dieser Journalist macht das, was er gelernt hat und was die Pflicht eines jeden Journalisten wäre: Er schreibt und veröffentlicht das, was nach Meinung der Herrschenden nicht veröffentlicht werden darf. Und dafür soll ihm der Prozess gemacht und ein Exempel an ihm statuiert werden! Er hat gegen die herrschende Meinung verstossen. Die herrschende Meinung – das ist ja bekanntlich immer die Meinung der Herrschenden.

Das Folgende wird George Orwell zugeschrieben.

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Journalismus ist es, das zu schreiben, was nicht geschrieben werden darf, das zu drucken, was nicht gedruckt werden darf und das zu veröffentlichen, was nicht veröffentlicht werden darf. Alles andere ist PR!

Heute findet in den Mainstreammedien kaum mehr echter Journalismus statt. Viele der «Spitzenjournalisten» wurden in transatlantischen NGOs und Thinktanks qualifiziert, und tun oft alles andere als als Opposition zu agieren. Heute gibt es nur noch wenige Herausgeber oder Chefredakteure in den klassischen Medien, die nicht mit einer transatlantischen Organisation in Verbindung gebracht werden können. Und sie tun wenig bis gar nichts, um Kriegsverbrechen der USA und des Wertewestens an die Öffentlichkeit zu bringen.

Stattdessen agieren sie als Hofberichterstatter und NATO-Pressstellen auf transatlantischem Kurs. Berichte über verbrecherische Handlungen der Regierungen passen jedoch nicht in eine Hofberichterstattung. Die Medien berichten nur darüber, wenn sie unbedingt müssen, und dies immer in sehr abgeschwächter Form. Aufgrund der Arbeit von Julian Assange mussten sie handeln. Das haben sie nicht gern getan, doch sie mussten über die US-Kriegsverbrechen im Irak berichten. Und dank seiner Enthüllungen haben sie Schlagzeilen gemacht.

Julian Assange setzt sich für Demokratie ein. Er bringt Kriegsverbrechen und Staatsterror – egal welcher Seite – an die Öffentlichkeit. Terror der Geheimdienste. Terror gegen uns. Abschaffung der Demokratie. Das aufzudecken war und ist Anliegen von Julian Assange. Wir sollten uns an die Worte erinnern, die vermutlich von Voltaire stammen:

«Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie sie äussern dürfen!»

Julian Assange hat uns gezeigt, dass es neben der Meinung der Regierenden – und deren irriger Annahme, sie würden über dem Recht stehen – noch eine andere Meinung gibt, die auf Fakten und Dokumenten basiert und von öffentlichem Interesse ist! Und diese orientiert sich an den Menschenrechten, die wir auch für Julian Assange fordern!



Ein Journalist, der über Staatsverbrechen berichtet, über Verbrechen gegen die Menschlichkeit – und das in ganz grossem Stil –, über Verbrechen gegen uns alle, darf nicht in London oder an irgendeinem anderen Platz auf der Welt zu Tode gefoltert werden.

Es muss Schluss sein mit den Torturen des längst überwunden geglaubten Mittelalters. Die Einhaltung der

Regeln des Rechtsstaates, den unsere Vorfahren erkämpft haben, muss wieder gesichert sein. Denn wenn Julian Assange im britischen oder US-amerikanischen Gefängnis verreckt, sind danach die Nächsten dran.

Als sie die Sozialdemokraten einsperrten ...

Man hat die Nächsten, «die Sozialisten» im Niemöller'schen Sinne, bereits in der Mangel. Es hat bereits jetzt namhafte Journalisten in ihrer Existenz getroffen. Hier ein paar Beispiele:

Gerhard Wisniewski – jahrzehntelang Liebhaber der Dokumentarfilm-Auftraggeber in den öffentlich-rechtlichen Medien – fiel in Ungnade nach seinen Dokumentationen zum 11. September und den Anschlägen der RAF.

Tommy Hansen, verstorben am 18. August 2018, Journalist und Herausgeber von free21, schrieb vor Jahren ebenfalls ein Buch über 09/11 und erhielt anschliessend keinerlei Arbeit bei den Medien mehr.

Frieder Wagner bekam keinen Auftrag mehr, nachdem er Filme über abgereichertes Uran wie «Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra» oder «Todesstaub» gemacht hatte.

Andrej Nekrasov – Grimmpreiseträger und umworbener Filmemacher, der unter anderem durch seinen Film über das Sterben seines Freundes Sascha Litvinienko durch Poloniumvergiftung bekannt wurde – ist beruflich fast tot, nachdem seine Dokumentation zum Fall Magnitzki das Gegenteil dessen zu Tage förderte, was sein Auftraggeber, der superreiche US-Amerikaner Bill Browder, kolportiert und erwartet hatte: «Der Russe» – namentlich «der böse Putin» – war es nämlich nicht.

Leslie Franke und *Herdolor Lorenz* sind mit ihren Dokumentationen über das neoliberale Wirtschaftssystem auch an die unsichtbare Grenze des Sagbaren im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gestossen und können nur noch crowdfinanziert arbeiten.

Karin Leukefeld, eine der fundiertesten Expertinnen zum Thema Syrien, findet man heute auch nur noch in alternativen Medien wie Weltnetz TV oder RT. Sie kommt im Österreichischen Rundfunk nicht mehr zu Wort – vermutlich, weil sie sich immer wieder vor Ort aufhält, echte Fakten sachlich berichtet und nicht das kolportiert, was «man» hören möchte.

Oder erinnert sich jemand daran, die Russlandexpertin, Journalistin und Professorin *Gabriele Krone-Schmalz* in der letzten Zeit im Fernsehen gesehen zu haben? Die bekennende «Russlandverstherin», die jahrelang, wenn nicht jahrzehntelang aus Russland berichtet hat, wird offensichtlich nicht mehr zu Talkshows eingeladen...

«Mr. Dax» *Dirk Müller*, Börsenexperte und Kenner des Finanzsystems von innen ist in TV-Sendungen auch nicht mehr so willkommen wie früher, seit er diese Strukturen, die er wirklich genau kennt, fundiert kritisiert.

Es gibt noch zahlreiche weitere – Christoph Hörstel, Ken Jebsen, Bodo Schickentanz, Dirk Pohlmann, Matthias Bröckers, Michael Lüders, Gabi Weber und viele mehr –, die aus den verschiedensten Gründen in die Kritik geraten sind, ihre Mainstreamjobs

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



FREIHEIT FÜR ASSANGE

Stoppt die Auslieferung von Julian Assange!

Die USA fordern von Grossbritannien ohne Rechtsgrundlage die Auslieferung von Julian Assange, um ihn den Prozess zu machen - es drohen bis zu 375 Jahre Haft, oder sogar die Todesstrafe. Assange ist weder US-Staatsbürger noch hat er von den USA aus politisiert. Am 13.06.2019 haben die Briten dem Auslieferungsgesuchen der USA nach - trotz drohender Todesstrafe - Nein gesagt man kann?

- Freunde, Familie, Bekannte etc. informieren!
- Den Fall bekannt machen!
- Dieses Flugblatt kopieren und weitergeben
- Bitte weiter informieren, besuche unsere Seite auf Facebook "Free Julian Assange Committee Switzerland" und melde dich unter assange@freeassange.ch für den Newsletter an, dann informieren wir dich über geplante Aktionen in der Schweiz.
- An Mahnwachen und Demonstrationen teilnehmen
- Bei Zeitungen, Radio, TV anrufen oder Emails schreiben und falsche Berichterstattungen korrigieren!
- Petitionen unterschreiben: www.change.org/p/stoppt-die-auslieferung-von-julian-assange-an-die-usa
- assange@freeassange.ch kontaktieren, bevor es zu spät ist! assange@freeassange.ch
- Petitionieren
- Amnesty International Schweiz: Tel. 031 307 22 22
- Human Rights Watch Schweiz: Tel. 044 380 80 18
- Können, Verbinden, helfen Menschen u.a.

DIENSTAG 25 FEBRUAR 2020

25. FEB. 20 UHR

FREE JULIAN ASSANGE MAHNWACHE BÜRKLIPLATZ ZÜRICH

FACEBOOK: FREE JULIAN ASSANGE COMMITTEE SWITZERLAND
E-MAIL: news@freeassange.ch

verloren haben oder mittels übelster Schmähungen diffamiert werden.

Wie man sieht – diese «Sozialisten» im Sinne von Niemöller sind auch schon dran!

Als sie die Gewerkschafter holten ...

Ohne anmassen sein zu wollen: Menschen wie ich gehören wohl zu «den Gewerkschaftern». Wir, die Dritten, die laut Niemöller betroffen sind, werden früher oder später auch in den Fokus kommen. Noch werden Leute wie ich nur gemässigt in ihrer Arbeit behindert. Ein bisschen Zensur auf Facebook durch Reichweitenbeschneidung und Shadow-Banning tut nicht weh, ist aber deutlich erkennbar. Die dritte Reihe – Aktivisten, die auf der Strasse sind oder in alternativen Medien publizieren – fliegen noch unter dem Radar.

Aber wir werden sicher schon von den Argusaugen des Tiefen Staates beobachtet.

Da gebe ich mich keiner Illusion hin. Eine SEO-Managerin (SEO: Search engine optimization) berichtete, dass Google 2019 zweimal die Algorithmen geändert hat und dadurch alternative Medien und missliebige Blogs eine Schlechterreihung und somit weniger Aufrufe erhalten.

Als sie mich – pardon dich – holten ...

Und ja – danach sind alle anderen dran. Also alle, die bislang nur zuhören und sich informieren, aber selbst und kritisch denken. Machen wir uns nichts vor: Früher oder später sind alle kritischen Geister unerwünscht, wenn sie heute Julian Assange fertig machen dürfen.

Und darum gehe ich auf die Mahnwache für Julian Assange. Aus reinem Egoismus. Darum sollten noch viel mehr Menschen auf die Strasse gehen!

Auf www.Candle4Assange.de findet man die Mahnwache in der eigenen Region – oder kann die eigene Mahnwache melden, damit mehr Leute den Mut fassen und laut und deutlich sagen:

Free Julian Assange. Free Chelsea Manning. Free Edward Snowden!

Andrea Drescher, Jahrgang 1961, lebt seit Jahren in Oberösterreich. Sie ist Unternehmensberaterin, Informtikerin, Selbstversorgerin, Friedensaktivistin, Schreiberling und Übersetzerin für alternative Medienprojekte sowie seit ihrer Jugend überzeugte Antifaschistin. Der vorliegende Text erschien zuerst auf rubikon.news.